



**Stadt Brühl
Haushaltsjahr 2011/12**

Vorbericht zum Haushalt

1 Doppelhaushalt

Mit dem Haushalt 2011/12 der Stadt Brühl wird erstmalig ein Doppelhaushalt aufgestellt und bewirtschaftet.

Die für Oktober 2010 geplante Einbringung wurde aus folgenden Gründen verschoben:

- Im November 2010 wurde eine neue Steuerschätzung für den Finanzplanungszeitraum erarbeitet. Nach allgemeinen Informationen war damit zu rechnen, dass die Entwicklung der Steuererträge sich in den folgenden Jahren positiver als bisher angenommen entwickeln werden. Die für Nordrhein-Westfalen regionalisierten Steuerdaten lagen aber erst Ende November vor.
- Der Landeshaushalt für das Jahr 2011 und damit auch das Gemeindefinanzierungsgesetz wurden erst Ende Dezember in den Landtag eingebracht. Gleichzeitig lag erst zu diesem Zeitpunkt eine erste Proberechnung zum Gemeindefinanzausgleich vor.
- Schließlich hatte auch der Rhein-Erft-Kreis angekündigt, seinen Haushalt für das Jahr 2011 erst im Frühjahr einzubringen, so dass vorher keine Daten zur Kreisumlage zur Verfügung standen. Um den Zeitverzug „aufzuholen“ wird der Haushalt als Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012 eingebracht.

2 Vorbemerkung

- Die Bewirtschaftung des Haushaltsplanes wird durch die Komponenten Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung und Profis des Anbieters DATEV vorgenommen. Im Jahr 2009 wurde die integrierte Bewirtschaftungslösung eingeführt, für das Jahr 2011 steht der update für die neue Programmversion „Kommunal-Pro“ auf der Tagesordnung.
- Der Jahresabschluss 2009 ist festgestellt, der Abschluss 2010 wird in Kürze aufgestellt und bestätigt.
- Ziele und Kennzahlen zur „wirkungsorientierten Steuerung“ wurden ausgebaut, insbesondere im Sozialbereich, mehr dazu weiter unten. Das unterjährige Berichtswesen wird fortgesetzt. Für alle Teilergebnispläne sind drei wesentliche Kennzahlen ausgeführt. 1. Aufwandsdeckungsgrad, 2. Personalintensität und 3. Zuschussbedarf je Einwohner. Mittels dieser Kennzahlen können Aussagen zum strategischen Hauptziel der Haushaltskonsolidierung getätigt werden. Außerdem werden diverse Kennzahlen zur Gebäudewirtschaft angeführt.
- Die Umstellung des Rechnungswesens auf den Landes-Kontenplan ist abgeschlossen.
- Gem. NKF-Einführungsgesetz ist zum 31.12.2010 der erste Gesamtabschluss einer Kommune vorzulegen. Diese Bestimmung gilt für alle Kommunen Nordrhein-Westfalens. Auf der Basis der vom Rat beschlossenen „Gesamtabschlussrichtlinie“ wird der Gesamtabschluss erstellt, er soll bis zum Jahresende festgestellt werden.
- Wir haben im Haushaltsplan wie im vergangenen Jahr neben Satzung, Vorbericht und Gesamtplänen die Teilpläne mit Organigramm und Kennzahlen, aber ohne Sachkonten, nur auf Kontengruppen-Ebene erstellt.

Der Ausdruck mit Sachkonten sowie der Haushalt auf Kostenstellenebene steht auf CD jeder Fraktion zur Verfügung.

Ein weiterer Band enthält die Erläuterungen zu der Teilplanung, sowohl zu den Kontengruppen als auch zu den Sachkonten.

3 Konjunkturlage

In ihrem jüngsten Monatsbericht aus dem März 2011 stellt die Deutsche Bundesbank zur Konjunkturlage fest:

„Die konjunkturelle Erholung der deutschen Volkswirtschaft hat sich in der Grundtendenz zu Jahresbeginn fortgesetzt. Verstärkt wurde sie durch eine Gegenbewegung zu der witterungsbedingten Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Dezember vergangenen Jahres. Dies zeigt sich an dem erheblichen Anstieg der Leistung des Bauhauptgewerbes. Hingegen stagnierte den ersten Angaben zufolge die Industrieproduktion weitgehend, zumindest im Vergleich zu dem im Rahmen einer Revision angehobenen Niveau im Dezember. Die Nachfrage nach Industriegütern nahm allerdings auf breiter Basis deutlich zu. Auf Expansion deuten auch die Export- und die Produktionserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe hin. Der Beschäftigungsanstieg setzte sich fort, und die Arbeitslosigkeit ging nochmals zurück. Dies dürfte zu der weiteren Verbesserung des Konsumklimas beigetragen haben.

Die statistischen Angaben zu den realen Einzelhandelsumsätzen im Dezember 2010 wurden inzwischen nach oben revidiert und stehen nun in stärkerem Maß als zuvor im Einklang mit anderen Indikatoren der Verbrauchskonjunktur. Für Januar deuten die Einzelhandelszahlen einen leichten realen Anstieg gegenüber dem Vormonat an.

Industrie

Die industrielle Erzeugung hat sich im Januar im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt lediglich um $\frac{1}{4}$ % erhöht, wobei der Dezemberwert allerdings um 1 % nach oben korrigiert wurde. Der gegenüber dem schwachen Vormonat kräftige Anstieg bei Vorleistungsgütern um $5\frac{1}{4}$ % gleich den ähnlich starken Rückgang bei Investitionsgütern rechnerisch in etwa aus. Betroffen waren insbesondere Maschinen und Kraftwagen und damit Waren, die infolge des Auslaufens der degressiven Abschreibung zum Jahresende 2010 im Schlussquartal verstärkt hergestellt worden waren. Die Konsumgüterproduktion wiederum wurde um $2\frac{3}{4}$ % erhöht.

Die Nachfrage nach Industriegütern stieg zu Jahresbeginn auf breiter Basis deutlich an. Gegenüber dem Vormonat belief sich das Plus saisonbereinigt auf 3 %. Besonders kräftig war die Zunahme mit $4\frac{1}{2}$ % bei Vorleistungen, aber auch die Investitionsgüterbestellungen legten um 2 % zu. Dabei verbuchte der Maschinenbau zwar leichte Einbußen, weil der Umfang an Großaufträgen im Januar deutlich hinter demjenigen im Dezember zurückblieb, und der Teil der Elektroindustrie, der den Investitionsgütern zugeordnet ist, wies ebenfalls ein Minus auf. Die Automobilbranche erzielte aber einen Zuwachs von $4\frac{1}{4}$ %. Der Konsumgüterbereich konnte etwas zulegen. Regional gesehen tendierten die Bestellungen aus dem Inland mit $+4\frac{1}{2}$ % - nach einem spürbaren Rückgang im Dezember – deutlich stärker nach oben als die aus dem Ausland mit $+1\frac{1}{2}$ %. Dabei wurden erstmals nach einer längeren Schwächeperiode merkliche Zuwächse aus den Partnerländern im Euro-Gebiet verzeichnet. Hingegen hielten sich die zusätzlichen Aufträge aus Nicht-Euro-Staaten in vergleichsweise engem Rahmen.

Der Inlandsabsatz der Industrie erhöhte sich im Januar dem Wert nach saisonbereinigt um 2% gegenüber dem Vormonat. Sowohl die Hersteller von Vorleistungsgütern ($+4\frac{3}{4}$ %) als

auch von Investitionsgütern (+ 3 %) konnten ihr Ergebnis stark verbessern, doch wiesen die Konsumgüterproduzenten ein Minus von 4 % auf. Die nominalen Warenausfuhren verringerten sich den bisher vorliegenden Angaben zufolge um 1 % und damit in ähnlichem Umfang wie die Auslandsumsätze der Industrie. Diese hatten allerdings im letzten Vierteljahr 2010 im Kontrast zu den Exporten deutlich zugelegt. Die Einfuhren nahmen gegenüber dem Dezember um 2 ¼ % zu; wesentlich hierfür dürften höhere Energiepreise gewesen sein.

Bauhauptgewerbe

Die Erzeugung im Bauhauptgewerbe wurde im Januar nach dem witterungsbedingten Einbruch im Dezember wie erwartet kräftig ausgedehnt. Der noch nicht durch besonders ungünstige Wetterverhältnisse beeinflusste Wert vom November wurde saisonbereinigt um 3½ % übertroffen. Die Aufträge sanken im Dezember – aktuellere Daten liegen derzeit noch nicht vor – deutlich. Nur der Wohnungsbau konnte etwas zulegen, während öffentliche und gewerbliche Auftraggeber ihre Nachfrage spürbar einschränkten. Auch hierbei dürften die Witterungsbedingungen eine Rolle gespielt haben.

Arbeitsmarkt

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland erhöhte sich gemäß vorläufiger Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Januar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 23.000. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 463.000 oder 1,2 % mehr Erwerbstätige. Dabei dürfte es sich ganz überwiegend um zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gehandelt haben. Deren Zahl übertraf im Dezember ihren Vorjahreswert um 559.000 beziehungsweise 2,0 %. Dem ifo Beschäftigungsbarometer und dem Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit zufolge ist die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen weiterhin sehr hoch.

Ein ähnlich positives Bild ergibt sich aus der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der als arbeitslos registrierten Personen verringerte sich im Februar um saisonbereinigt 52.000 auf 3,07 Millionen. Die Arbeitslosenquote (BA-Konzept) ging im Februar auf 7,3 % zurück. Ein Jahr zuvor hatte sie sich noch auf 8,1 % belaufen.

Preise

Die Rohölnotierungen stiegen Ende Februar aufgrund der Unruhen in arabischen Ländern sprunghaft an, auch wenn das Angebot in Europa bislang nicht beeinträchtigt wurde und sich die Lagerbestände in den USA weiterhin auf hohem Niveau befinden. Im Durchschnitt des Monats übertraf der Kassakurs für die Sorte Brent mit 104 ½ US-\$ je Fass die Notierung vom Januar um knapp 8 %.

Anfang März erreichten sie mit einem Wert von 117 ¼ US-\$ einen vorläufigen Höhepunkt. Doch standen die Notierungen zeitweise wegen der Ereignisse in Japan unter Druck. Bis zum Abschluss dieses Berichts hat der Kassapreis nur leicht auf 114 US-\$ nachgegeben. Zukünftige Rohöllieferungen notierten mit Abschlägen, die seit Ende Februar nur wenig schwankten und bei Berichtsabschluss für den Bezug in sechs Monaten 1 ½ US-\$ sowie in 18 Monaten 5 ½ US-\$ betragen.

Auf den vorgelagerten Absatzstufen setzte sich der recht steile Aufwärtstrend der Preise zunächst fort. Einfuhren verteuerten sich im Januar im Vergleich zum Dezember saisonbereinigt nochmals um 1,5 %, Erzeugnisse aus inländischer Produktion bis zum Februar um 1,8 %. Dabei fiel der Anstieg bei Energie jeweils stärker aus als bei anderen Waren. Der Vorjahrsabstand reduzierte sich bei den Einfuhrpreisen im Januar leicht auf 11,8%, bei den inländischen Erzeugerpreisen erhöhte er sich bis Februar auf 6,4 %.

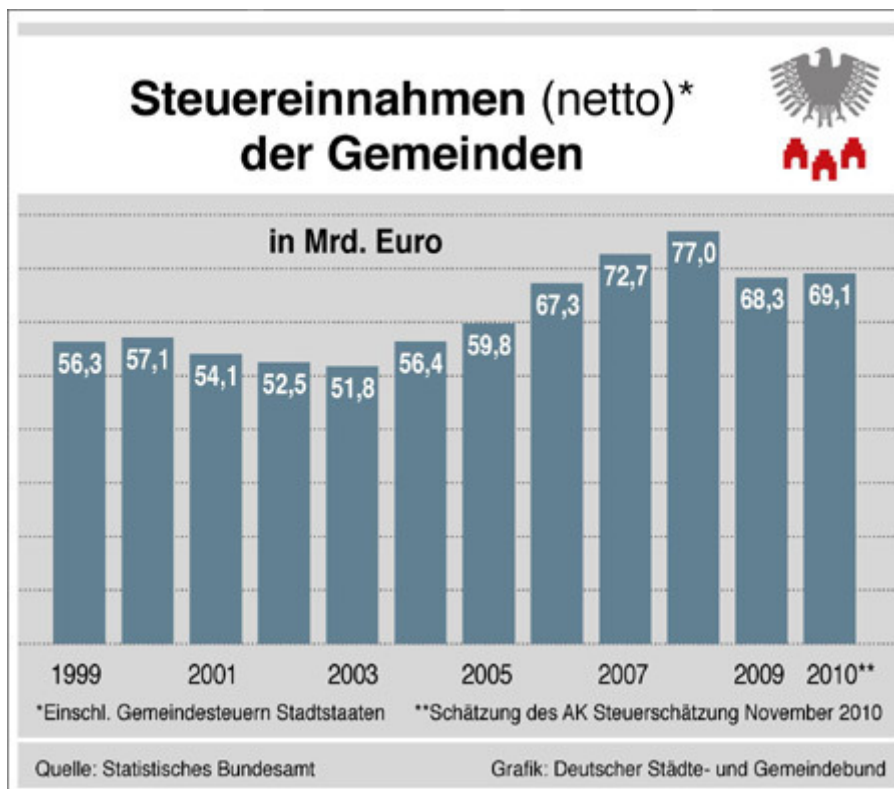
Die Preise auf der Verbraucherstufe wurden im Februar zwar weniger deutlich angehoben als in den Vormonaten, doch ist der jüngste Preisanstieg beim Rohöl noch nicht voll in die

gemessene Inflationsrate eingegangen. Saisonale Nahrungsmittel verteuerten sich stärker als zu dieser Jahreszeit üblich. Hingegen reduzierten sich die Preise anderer Waren in saisonbereinigter Betrachtung leicht. Für Dienstleistungen blieben sie trotz günstiger Pauschalreisen unverändert. Die Jahresteuerrate nach dem nationalen Verbraucherpreisindex stieg auf 2,1 % an, in der europäischen Abgrenzung waren es 2,2 %.“

4 Finanzielle Situation der Kommunen und Brühl im Vergleich

Die im vorstehenden Kapitel beschriebene gute konjunkturelle Situation wirkt sich nicht in gleichem Umfang auf die Steuereinnahmen der Kommunen aus. Wie die folgende Abbildung zeigt ist zwar der Absatztrend aufgrund der Finanzkrise gestoppt, die Steuererträge verharren aber auf dem Niveau des Jahres 2006.

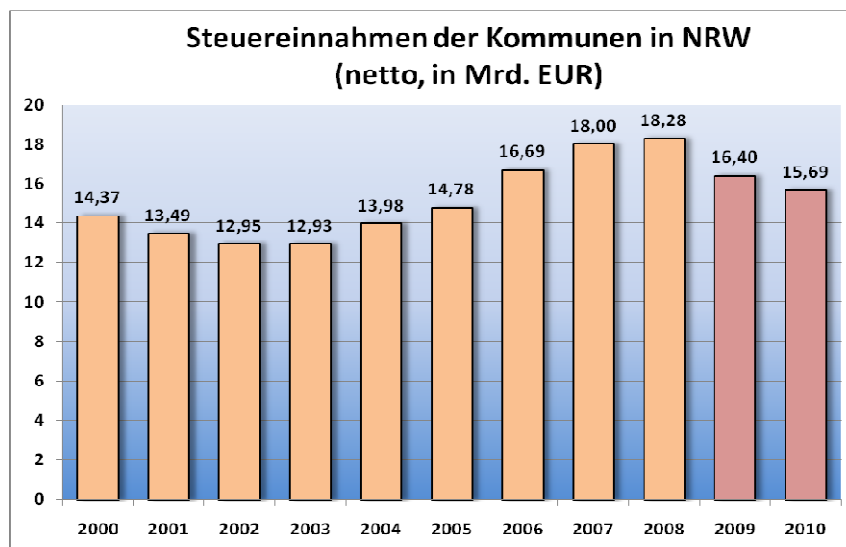
Abbildung 1: Steuereinnahmen der Gemeinden



Quelle: DStGB

Die folgende Grafik gibt die Steuereinnahmen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen wieder. Nach guten Jahren 2007 und 2008 wird deutlich, in welchem Umfang die Ertragssituation der Kommunen eingebrochen ist.

Abbildung 2



Quelle: StGB NRW

In Brühl zeigt sich in den folgenden Abbildungen 3 und 4, dass sich im Jahr 2009 die Erträge noch auf dem Niveau des Vorjahres gehalten haben, im Jahr 2010 aber um rund 10 % eingebrochen sind.

Abbildung 3

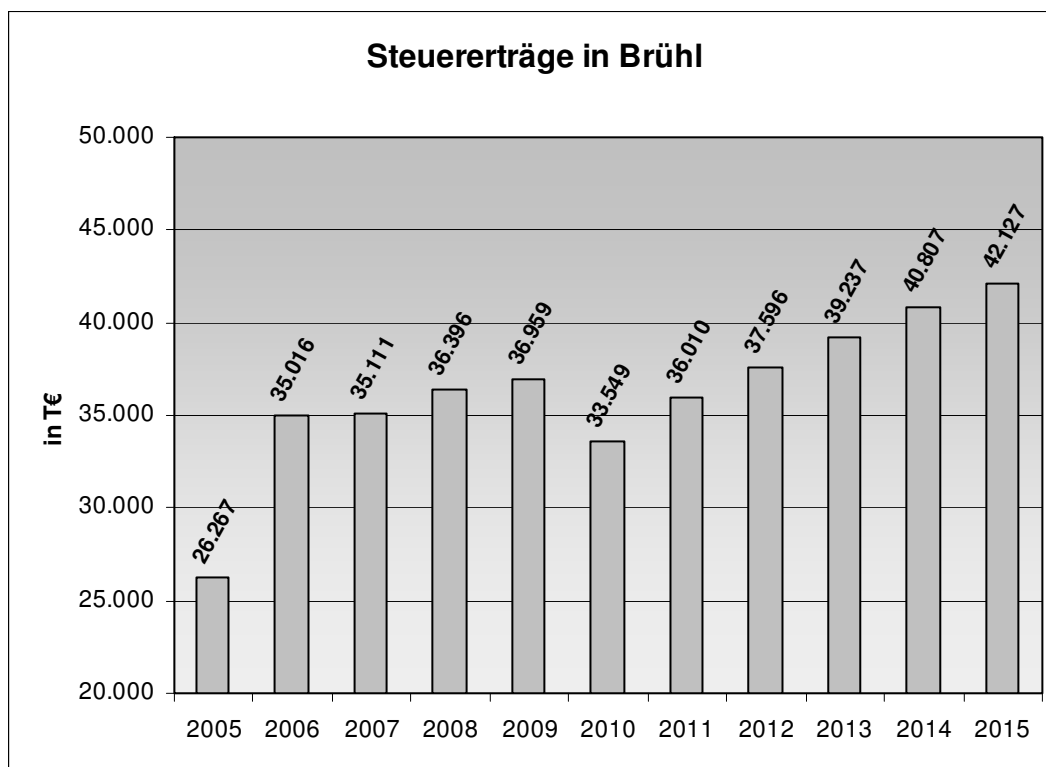
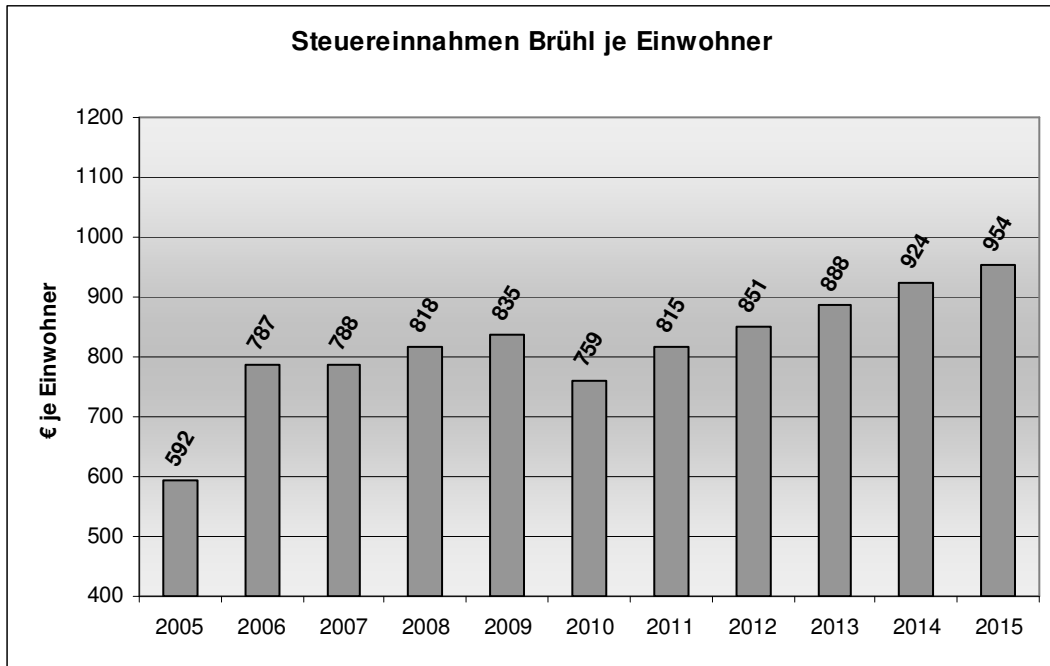


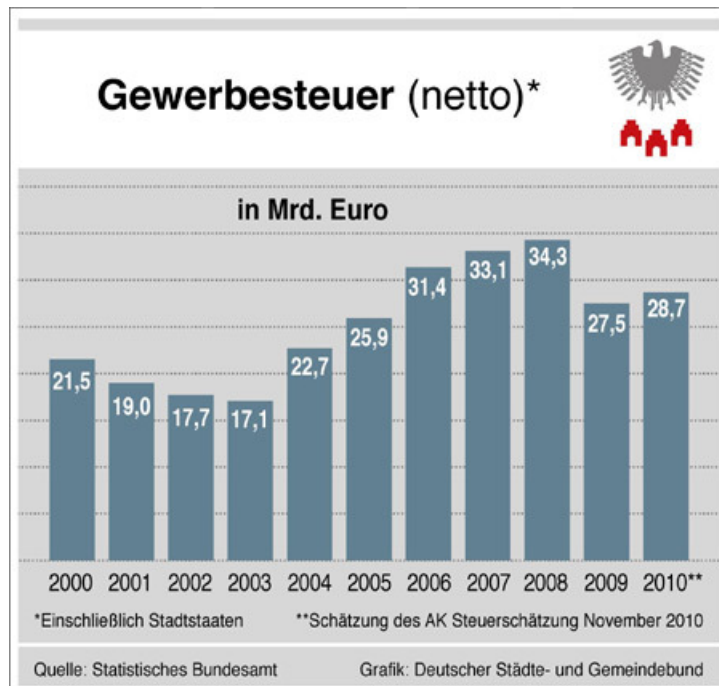
Abbildung 4



Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen in Brühl je Einwohner ist festzuhalten, dass das gute Niveau der Jahre 2008 und 2009 gerade wieder auf dem Niveau des Jahres 2005 angeht. Für das Jahr 2010 stand mit 759 Euro je Einwohner deutlich weniger zur Verfügung, ab 2011 steigen die Erträge wieder leicht an.

Aus der Abbildung 5 wird deutlich, dass ein wesentlicher Teil des Rückgangs der kommunalen Einnahmen durch die Gewerbesteuer hervorgerufen wurde. 2010 ist ein leichter Anstieg im Vergleich zum Krisenjahr 2009 zu verzeichnen, hinter den Spitzenwerten der Jahre 2007 und 2008 bleiben die Erträge des Jahres 2010 aber noch um fast ein Fünftel zurück.

Abbildung 5: Gewerbesteureinnahmen



Quelle:

www.dstgb.de,

Schwerpunkt:

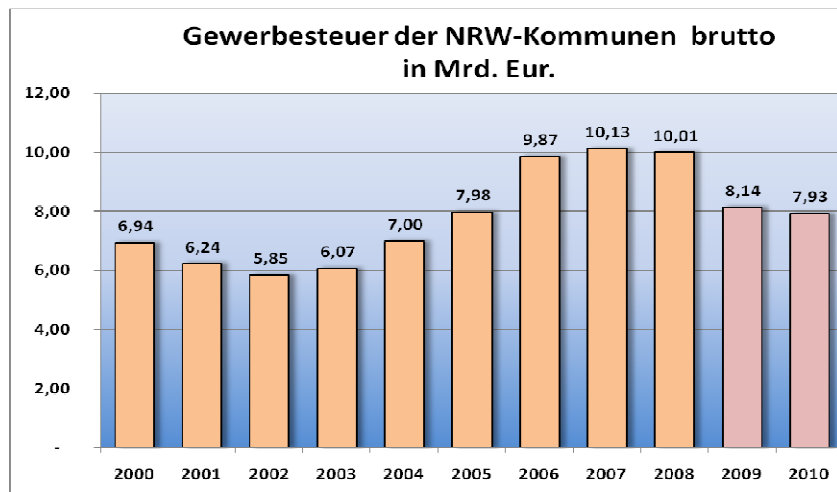
Gemeindefinanzen,

Infografiken

Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden auf der Nettobasis, d.h., von dem Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer wird die Gewerbesteuerumlage abgezogen. Nach dem relativ guten Aufkommen im Jahr 2000 ist der deutliche Niedergang bei der Gewerbesteuerentwicklung bis zum Jahre 2003 ablesbar. Der starke Zuwachs im Aufkommen ab 2004 ist zum einen durch die konjunkturelle Entwicklung, zum anderen aber auch durch das Absenken der Gewerbesteuerumlage als Folge der Diskussion um die Gemeindefinanzreform ursächlich. Aus der Abbildung 5 wird aber deutlich, dass in den Jahren 2004 und 2005 gerade wieder das Aufkommen zum Ende des vergangenen Jahrzehnts erreicht wird.

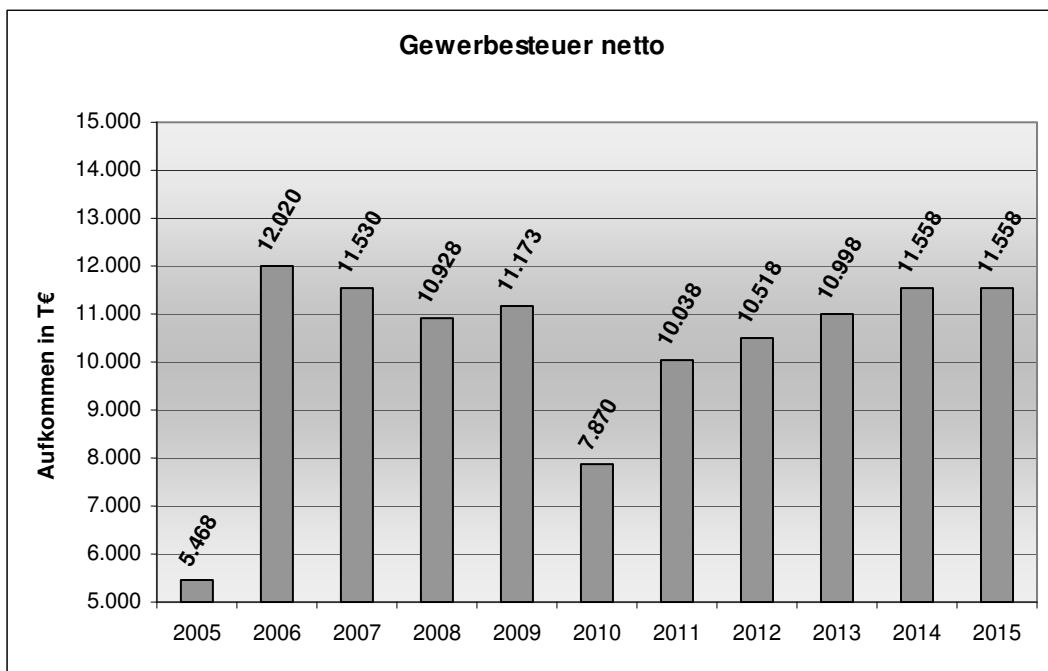
Der beschriebene Effekt für Gesamtdeutschland ist auch in NRW zu beobachten, wie der folgenden Abbildung 6 für die NRW-Kommunen zu entnehmen ist; insbesondere wird der Ertragsseinbruch in den Krisenjahren 2009 und 2010 deutlich (nur Bruttoangaben verfügbar):

Abbildung 6



Quelle: StGB NRW

Abbildung 7

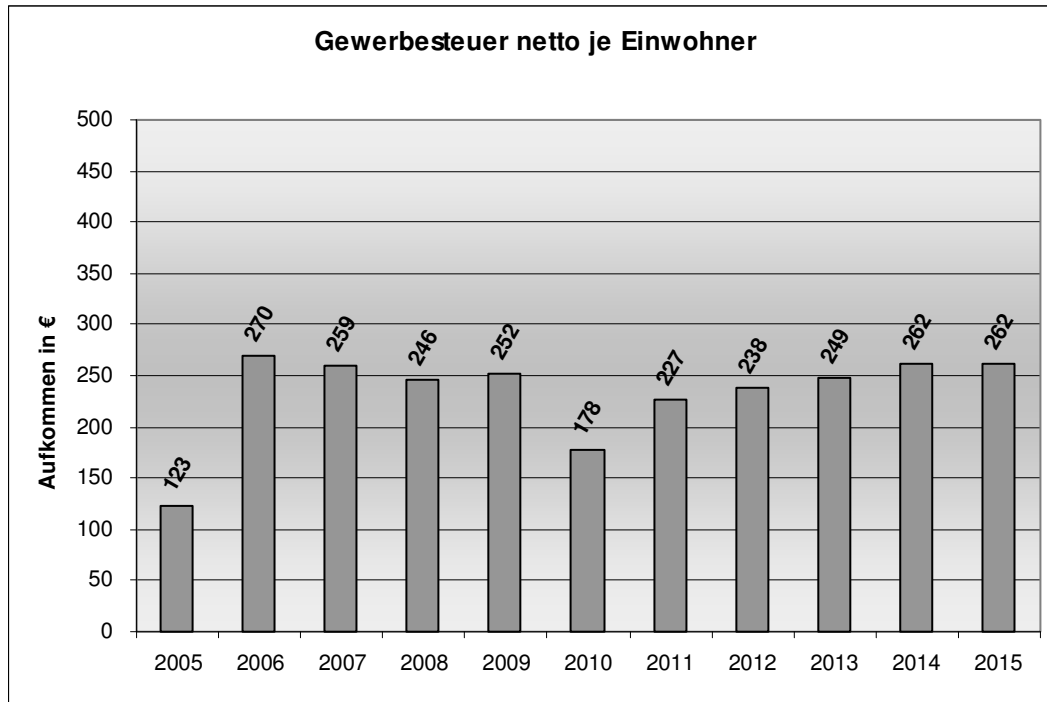


Der Abbildung 7 ist das Aufkommen in der Stadt Brühl ablesbar. Ein deutlicher Einbruch der Erträge ist für das Jahr 2010 ersichtlich.

Ab 2011 wird das alte Niveau sukzessive wieder erreicht. Das Ist-Ergebnis 2010 wird über dem hier wiedergegebenen Ansatz liegen.

Die Betrachtung der Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner ergibt einen ähnlichen Verlauf wie das Gesamtsteueraufkommen, wie der Abbildung 8 zu entnehmen ist.

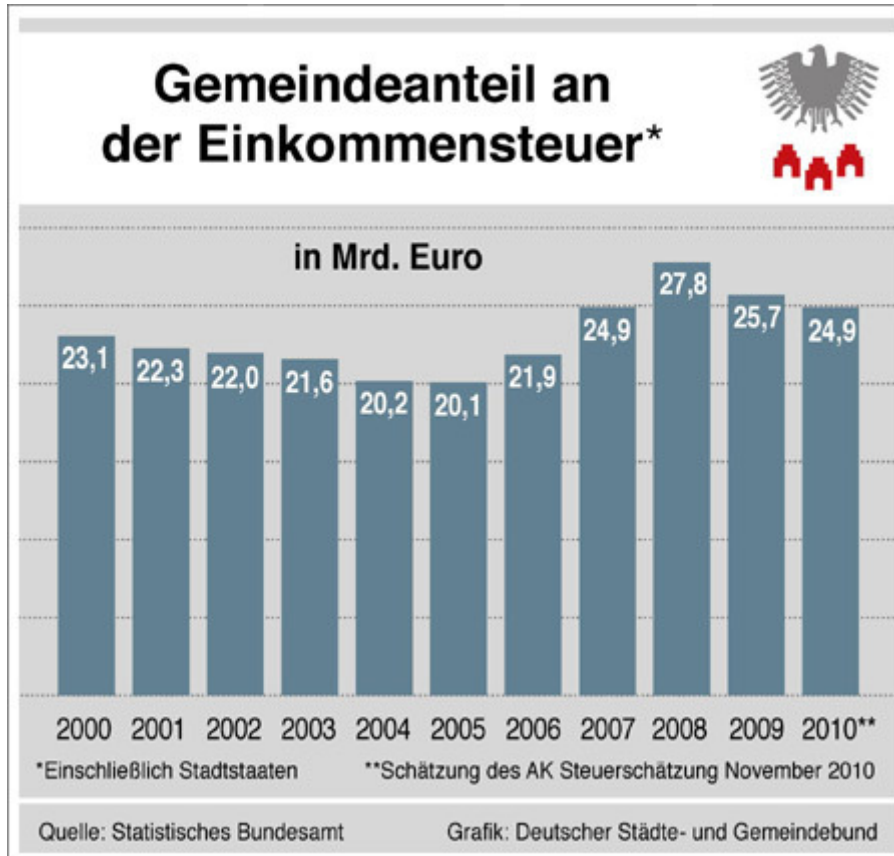
Abbildung 8: Gewerbesteuer je Einwohner Brühl



Zurück zur Situation aller Kommunen in Deutschland:

Die folgende Abbildung 9 verdeutlicht, dass der Trend der sinkenden Einkommensteuer seit dem Jahr 2006 durchbrochen werden konnte. Während das Gesamtaufkommen des Jahres 2006 mit 21,9 Milliarden Euro noch auf dem niedrigen Niveau der Jahre 1998 bzw. 2003 lag, aber schon deutlich das Tal mit etwa 20 Milliarden Euro in den Jahren 2004 und 2005 verlassen hatte, ist für das Jahr 2008 mit 27,8 Milliarden Euro ein neuer Rekordwert erreicht worden. Die Auswirkungen der Krise waren dann im Jahr 2009 ablesbar, der Steuerertrag aller Kommunen bei der Einkommenssteuer sank auf 25,7 Milliarden Euro, für das Jahr 2010 sank der Wert um weitere 800 Millionen Euro ab.

Abbildung 9: Gemeindeanteil an der Einkommensteuer



Quelle: DStGB-Infografik, a.a.O.

In Nordrhein-Westfalen verläuft die Entwicklung bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer parallel, wie sich aus der folgenden Abbildung 10 ergibt. Der Einbruch im Jahr 2009 ist erkennbar, auf der Basis eines nochmals niedrigeren Wertes für 2010 werden ab 2011 leichte Zuwächse erwartet. Das Niveau des Jahres 2008 wird aber erst im Jahr 2013 erreicht.

Abbildung 10: Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in NRW

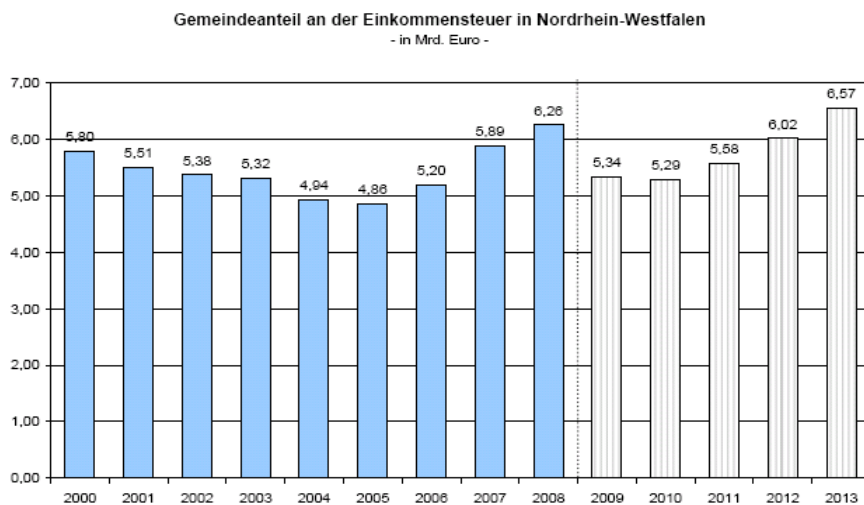
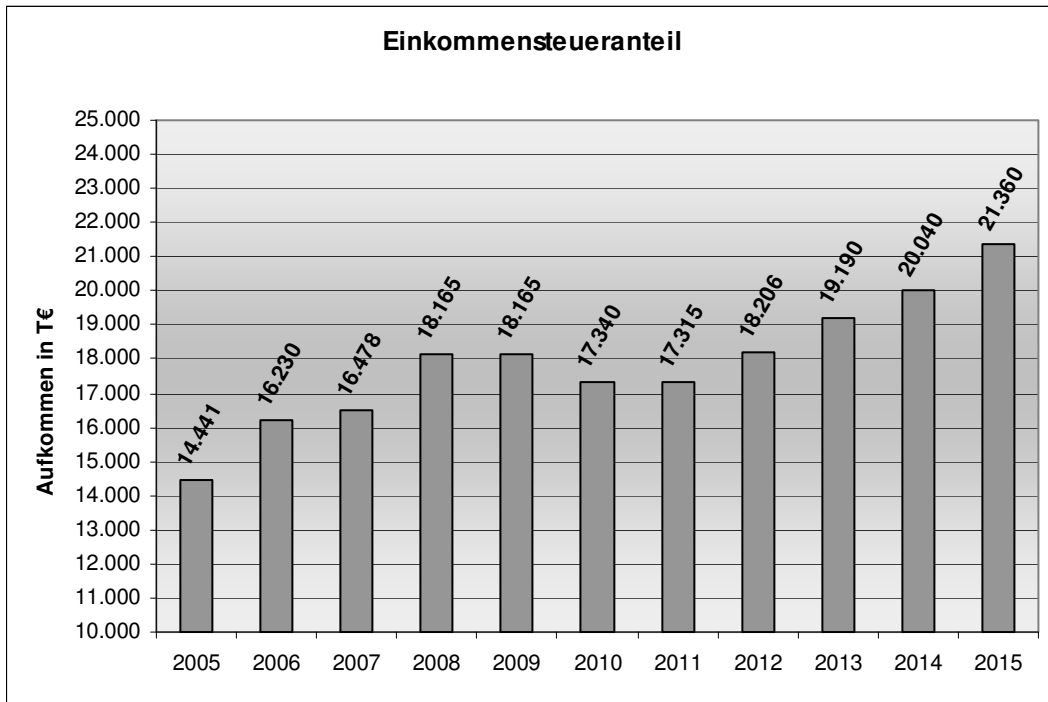


Abb.1 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in den Jahren 2000 bis 2008 nach den Ergebnissen der amtlichen vierteljährlichen Kassenstatistik und für die Jahre 2009 bis 2013 nach der Steuerschätzung Mai 2009 (Regionalisierung durch FM NRW)

Quelle: Innenminister NRW, Kommunalfinanzbericht September 2009, S. 7

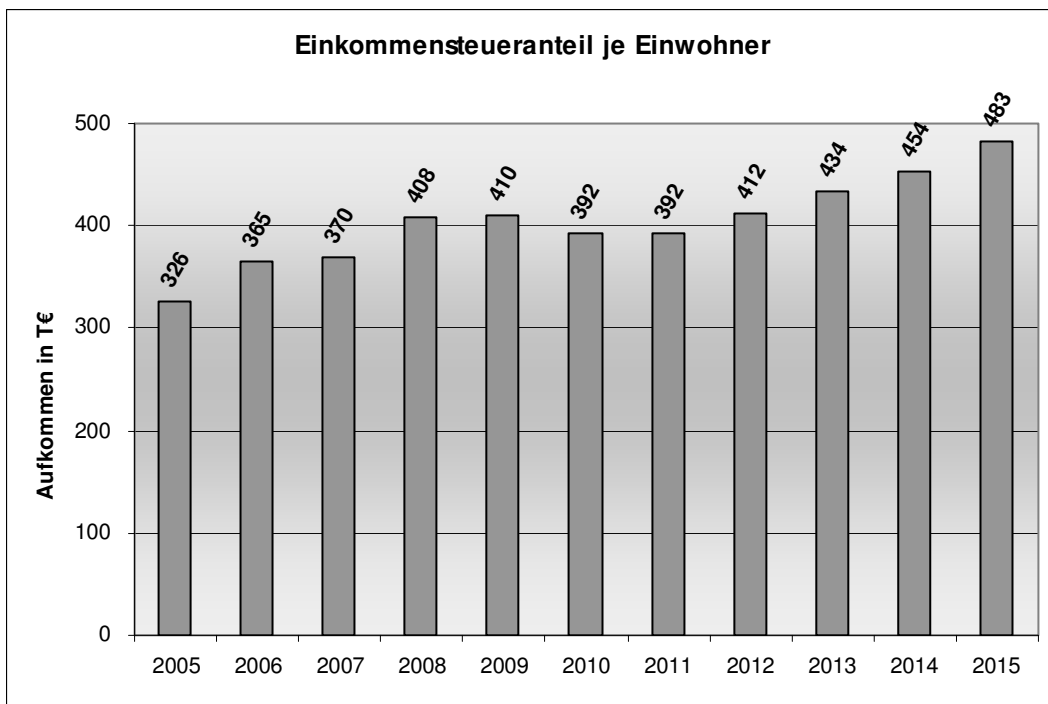
Die folgenden beiden Abbildungen, die die Situation in Brühl wieder geben, zeigen die deutlichen Schwankungen beim Einkommenssteueranteil. In den meisten Jahren liegt dieser bei einem Wert über 16 Mio. Euro mit einem Tiefstwert im Jahr 2005 von nur 14,4 Mio. Euro. Nach zwei guten Jahren 2008 und 2009 von mehr als 18 Mio. Euro erleben wir für das Jahr 2010 einen deutlichen Einbruch auf 17,3 Mio. Euro. Ein gleichartiger Kurvenverlauf zeigt sich beim Einkommenssteueranteil je Einwohner, der der Abbildung 12 zu entnehmen ist.

Abbildung 11: Einkommenssteueranteil Brühl



Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 12: Einkommenssteueranteil Brühl je Einwohner



Quelle:

Eigene

Berechnungen

Parallel zu den Einbrüchen auf Ertragsseite steigt in den Kommunen die Belastung durch Zuwächse auf der Aufwandseite des Haushaltes. Hier ist zunächst bei den Sozialausgaben von einer weiteren dynamischen Steigerung zu berichten, wie in der folgenden Grafik deutlich wird:

Abbildung 13: Ausgaben für soziale Leistungen



Quelle: DStGB-Infografik, a.a.O.

Hieraus ergibt sich, dass die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen ungebremst ansteigen – trotz oder infolge der beschlossenen Gesetze – und mit 43 Milliarden Euro im Jahr 2011 erneut einen neuen Höchststand erreichen werden.

Dem gegenüber sieht der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner Analyse der Zahlen für Nordrhein-Westfalen einen geringfügigen Anstieg der Sozialleistungen seit 2005, der sich aus folgender Grafik ergibt:

Abbildung 14: Soziale Leistungen der NRW-Kommunen

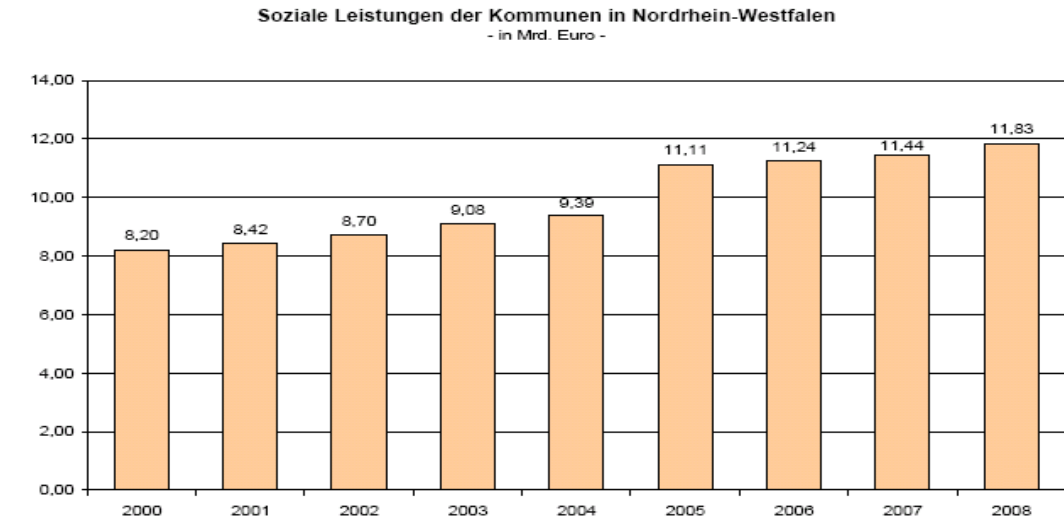


Abb. 13 Soziale Leistungen der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen 2000 bis 2008 nach dem Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik

Quelle: Innenminister NRW, Kommunalfinanzbericht September 2009, S. 38

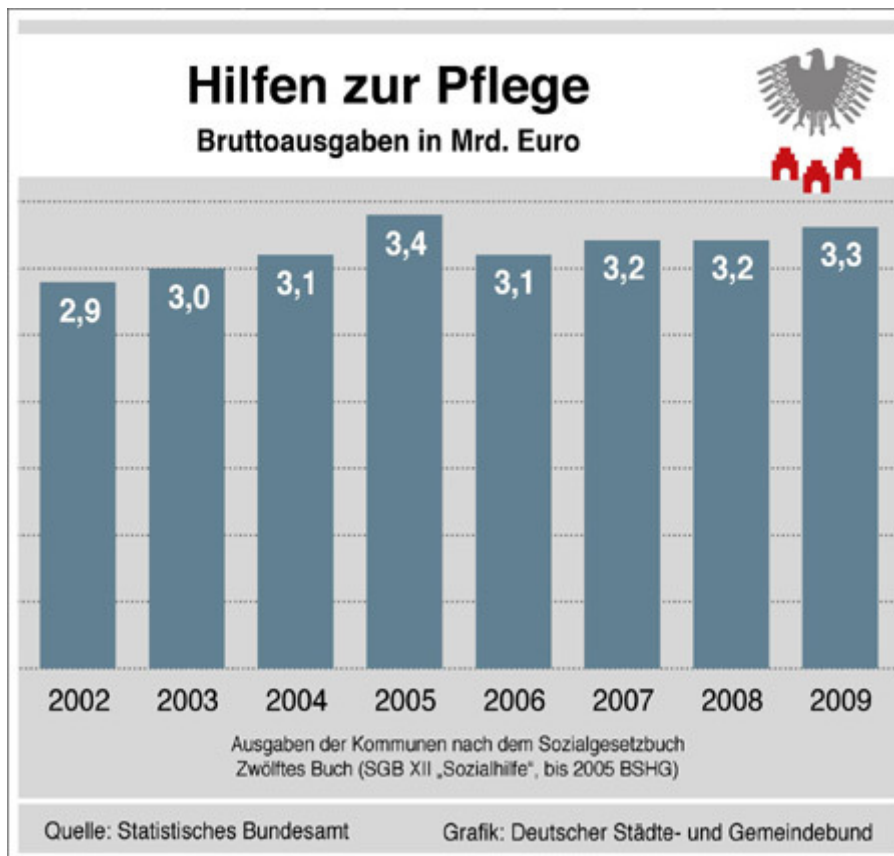
Bei genauerer Analyse der Einzeldaten ergibt sich eine weitgehend konstante bzw. leicht ansteigende Summe für die Hilfen zur Pflege auf der Grundlage von SGB XII (vgl. Abb. 15).

Der Grund für den weiteren Anstieg bei den kommunalen Ausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen ab 1998 liegt nicht mehr in dem Risiko der Pflegebedürftigkeit, sondern in den steigenden Aufwendungen für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (vgl. Abb. 16). Diese Leistungen werden in Nordrhein-Westfalen über die Landschaftsverbände erbracht, demnach finanziert die Stadt Brühl diese Leistungen, wie auch die Leistungen für stationäre Leistungen für Pflegebedürftige, indirekt über die Kreisumlage, in der wiederum im Haushalt des Rhein-Erft-Kreis der entsprechende Anteil in der Landschaftsverbandsumlage enthalten ist.

Zur Entwicklung der Eingliederungshilfe erläutert der Deutsche Städte- und Gemeindebund folgendes: „Etwa 42 % der kommunalen Sozialhilfeleistungen kommen behinderten Menschen zu Gute. Sie erhalten Leistungen im Rahmen der sogenannten Eingliederungshilfe.“

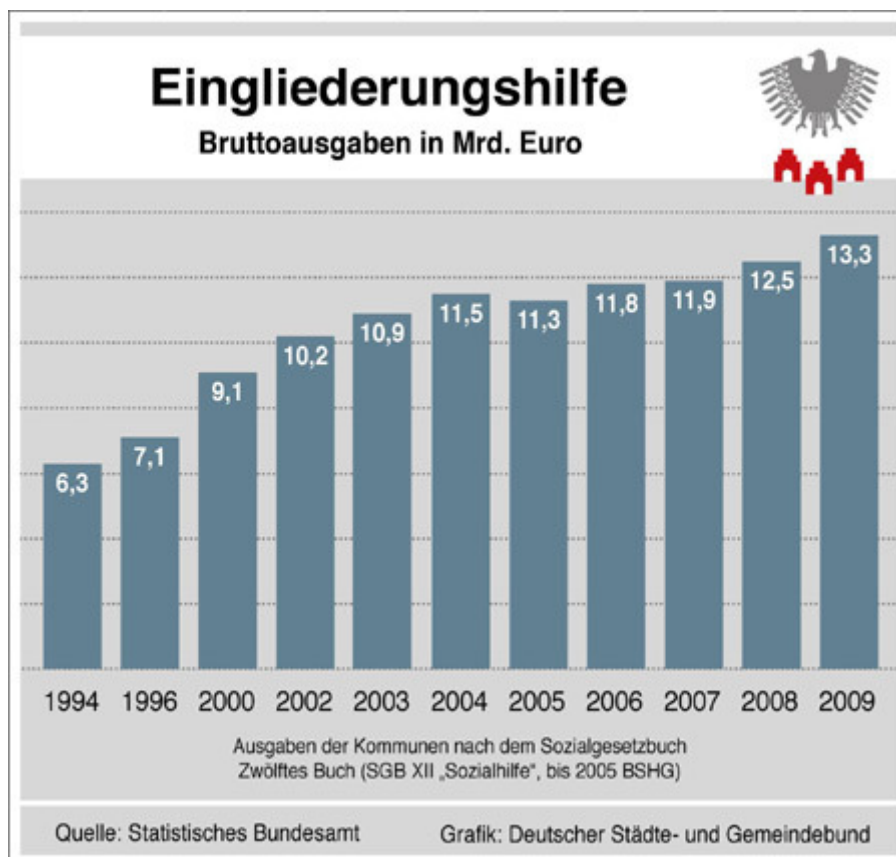
Die Eingliederungshilfe wird überwiegend (zu 93 %) in Einrichtungen gezahlt. Zu den Einrichtungen gehören z.B. Tag- und Nachtkliniken, Behindertenwerkstätten, Tagesstätten für behinderte Kinder, Übernachtungsstätten (teilstationär) oder auch Anstalten oder Heime, in denen die Unterbringung und Betreuung über Tag und Nacht gewährt wird (vollstationär).“ (DStGB, a.a.O., S. 23). Die Zahl der Menschen, die Eingliederungshilfe erhielten, betrug im Jahr 2003 ca. 600.000; dies sind etwa 270.000 Personen mehr als noch 1991. Für die kommunalen Haushalte ist bedeutsam, dass die Dynamik dieser Entwicklung anhält.

Abbildung 15: Hilfe zur Pflege



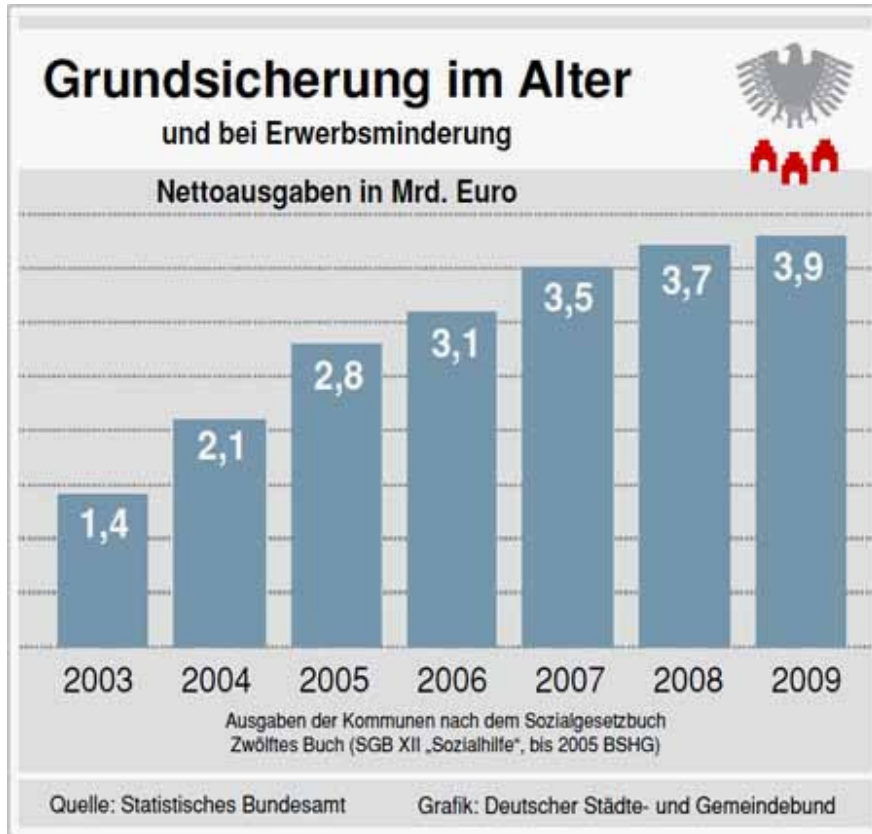
Quelle: DStGB-Infografik, a.a.O.

Abbildung 16: Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung



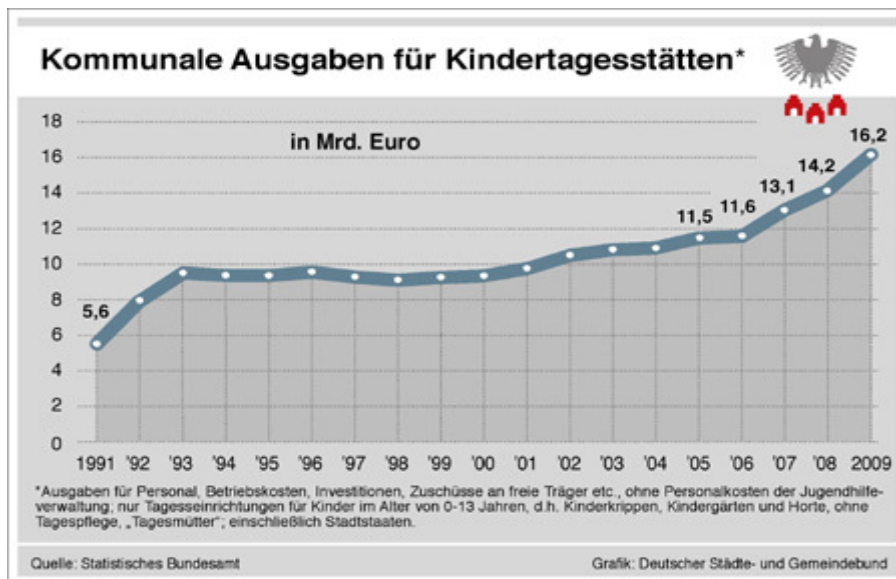
Eine weitere wesentliche Ursache für die gestiegenen Sozialkosten der Kommunen sind die Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter gem. SGB XII. Aus der folgenden Übersicht wird deutlich, dass sich die Kosten für diese Leistungsart von 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2003 inzwischen auf 3,9 Milliarden Euro mit stark steigender Tendenz nahezu verdreifacht haben.

Abbildung 17: Grundsicherung im Alter



Quelle: DStGB-Infografik, a.a.O.

Abbildung 18: Kommunale Ausgaben für Kindertageseinrichtungen



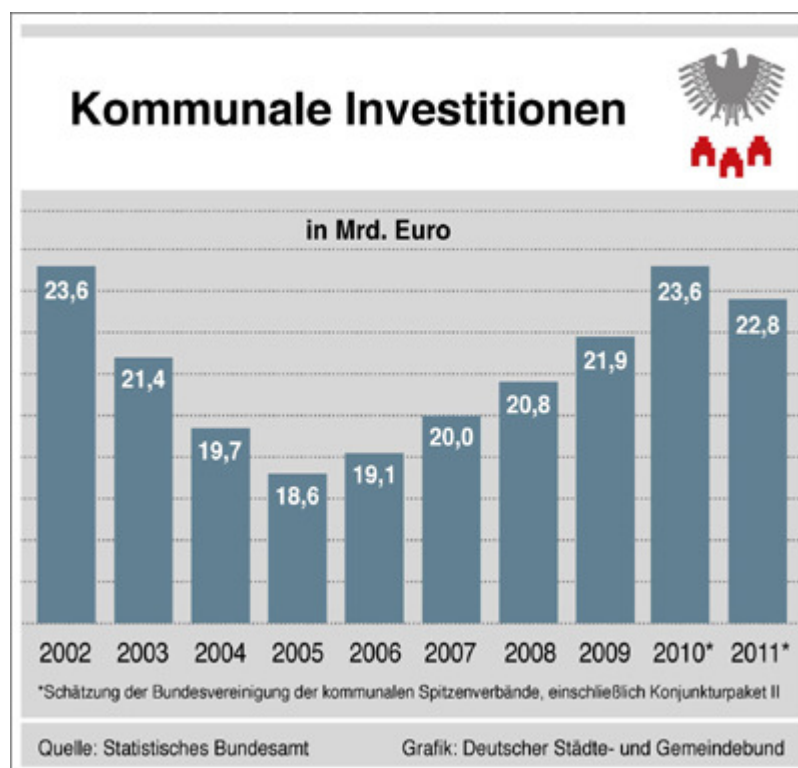
Quelle: Statistisches Bundesamt
Berechnung

DStGB

Eine ungebrochene Dynamik ist bei der Entwicklung der Ausgaben für die Jugendhilfe zu verzeichnen. Auch hier sind Steigerungsraten sowohl bei den Fallzahlen als auch bei den von den Kommunen zu finanzierenden Kosten festzustellen. Beispielhaft sei der Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder entlang der Abbildung 18 dokumentiert. Der Gesamtbetrag der Ausgaben ist von knapp 12 Milliarden Euro im Jahr 2006 auf inzwischen über 16 Milliarden Euro gestiegen, die weitere Dynamik ist angesichts des geforderten Ausbaus der Kinderbetreuung (unter 3jährige) vorhersehbar.

Trotz dieser notwendigen Investitionen in Jugendhilfeeinrichtungen verharren die Investitionsneigung der Kommunen auf niedrigem Niveau. Dies ist gesamtwirtschaftlich nach wie vor von Bedeutung, da etwa zwei Drittel der öffentlichen Investitionen von den Kommunen getätigt werden. Abbildung 19 verdeutlicht die Entwicklung der Investitionen, wobei der Anstieg seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts zunächst mal gestoppt ist und mit Auslaufen des Konjunkturpaketes II für dieses Jahr wieder mit einem niedrigen Wert als im Vorjahr zu rechnen ist.

Abbildung 19: Kommunale Sachinvestitionen



Quelle: DStGB-Infografik, a.a.O.

Die nach wie vor schlechte Finanzsituation der Kommunen in NRW lässt sich auch daran ermesen, dass diese für die Kommunen bundesweit geltende Trendumkehr noch nicht beobachtet werden kann, wie Abb. 20 verdeutlicht.

Abbildung 20: Kommunale Investitionen in NRW

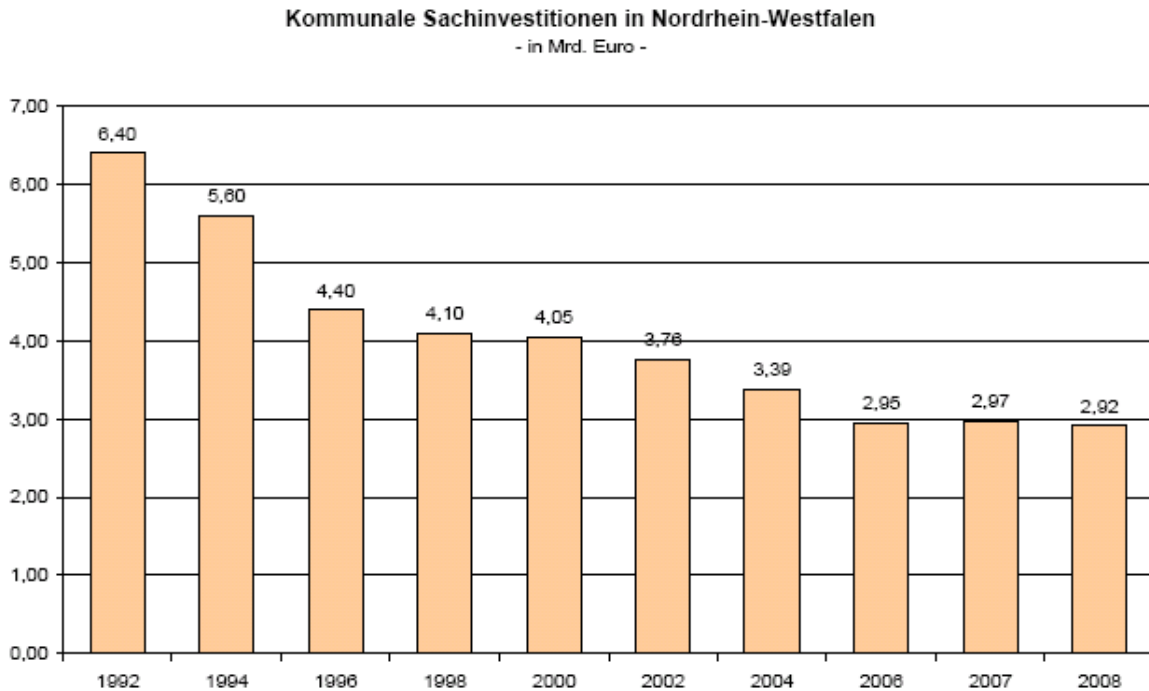
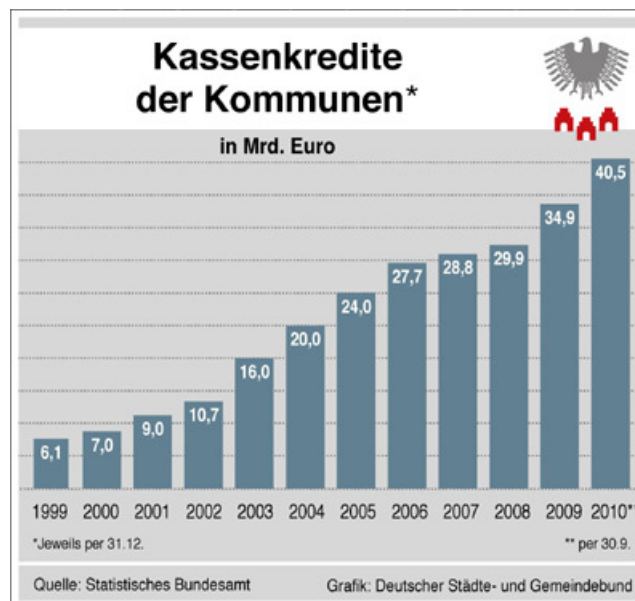


Abb. 15 Entwicklung der Sachinvestitionen (Erwerb von Grundstücken und Baumaßnahmen) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen im Zeitraum von 1992 bis 2008 nach dem Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik

Quelle: Innenminister NRW, Kommunalfinanzbericht September 2009, S. 42

In Brühl ist für das Haushaltsjahr 2011 ein Bruttobetrag von ca. 9,5 Mio. Euro für Investitionen vorgesehen, im Wesentlichen für Hochbaumaßnahmen (knapp 3,8 Mio. Euro) und für Beschaffungen (1,1 Mio. Euro) und Investition (4,1 Mio. Euro) in die Infrastruktur, jetzt wieder inklusive des Abwasserbereichs. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Investition von 215 Euro.

Abbildung 21: Kassenkredite der Gemeinden



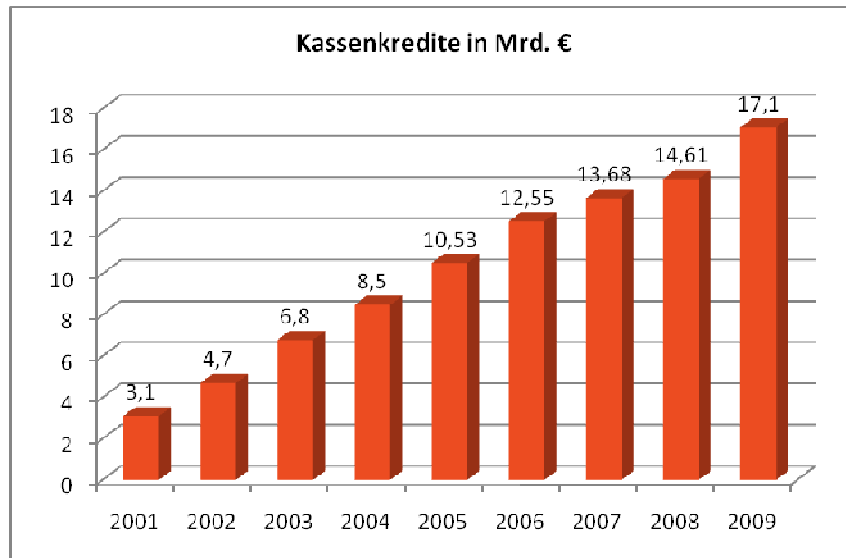
Quelle:

DStGB-Infografik,

a.a.O.

Eine ungebremte Dynamik ergibt sich bei der Betrachtung der kurzfristigen Verschuldung der Kommunen („Kassenkredite „ bzw. „Kredite zu Liquiditätssicherung“). Hier ist mit über 40 Milliarden Euro im Jahr 2010 ein absoluter Rekordwert zu verzeichnen. Die negativen Finanzierungssalden der kommunalen Haushalte im Anschluss an die Finanzkrise führen dazu, dass dieser Wert auch weiterhin ansteigen wird. In NRW ist dieser Wert inzwischen auf über 20 Milliarden Euro gestiegen.

Abbildung 22: Kassenkredite NRW



Quelle: StGB NRW

In Brühl konnte der Betrag der langfristigen Schulden in Folge der Übertragung der Gebäude-Geschäftsanteile zum 1.1.2005 auf netto rd. 24,5 Mio. Euro abgesenkt werden (nur Stadt Brühl, ohne Entsorgungsbetriebe); da zu diesem Bilanzstichtag kein Kredit zur Liquiditätssicherung aufgenommen werden musste, betrug die Gesamtverschuldung in Brühl zum 1.1.2005 pro Kopf 557 Euro.

Die weitere Entwicklung ergibt sich aus folgender Tabelle:

Tabelle 1

Verschuldung der Stadt Brühl

Stichtag 31.12.	Kredite für Investitionen in Mio. €	Kredite zur Liquiditätssicherung in Mio. €	Summe in Mio. €	Pro-Kopf in €
2004	24,5	0,0	24,5	557
2005	23,4	7,5	30,9	699
2006	25,4	3,5	28,9	649
2007	24,7	0,9	25,6	574
2008	27,9	7,0	34,9	690
2009	73,2	12,5	85,7	1.936
2010	79,2	10,0	89,2	2.019
2011	89,8	5,7	95,5	2.162
2012	94,9	24,2	119,1	2.696

Der Anstieg der Verschuldung im Jahre 2009 ist auf die Eingliederung der ehemaligen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abwasserbeseitigung zurückzuführen, durch die sich neben einem Wertzuwachs beim Anlagevermögen von rd. 77 Mio. € auch eine Erhöhung der Verschuldung um rd. 36 Mio. € ergab.

Bei den Krediten zur Liquiditätssicherung (ehemals Kassenkredite) ergibt sich der Anstieg im Jahre 2009 durch den im Abschluss ausgewiesenen Fehlbetrag von rd. 4,5 Mio. €. Außerdem wurden in den Jahren 2008 bis 2010 Investitionen durch günstigere Liquiditätskredite finanziert, die im Jahre 2011 in langfristige Investitionskredite umgewandelt werden sollen, so dass hier eine Verschiebung zwischen den Kreditarten erfolgt.

Die detaillierte Darstellung der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und zur Liquiditätssicherung ergibt sich aus der Übersicht 8.5, Seite 315.

Trotz der vergleichsweise guten Ertragssituation in den Jahren 2007 und 2008 konnten die Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten in Nordrhein-Westfalen nicht vollständig abgebaut werden, wie Abb. 23 verdeutlicht.

Abbildung 23: Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte

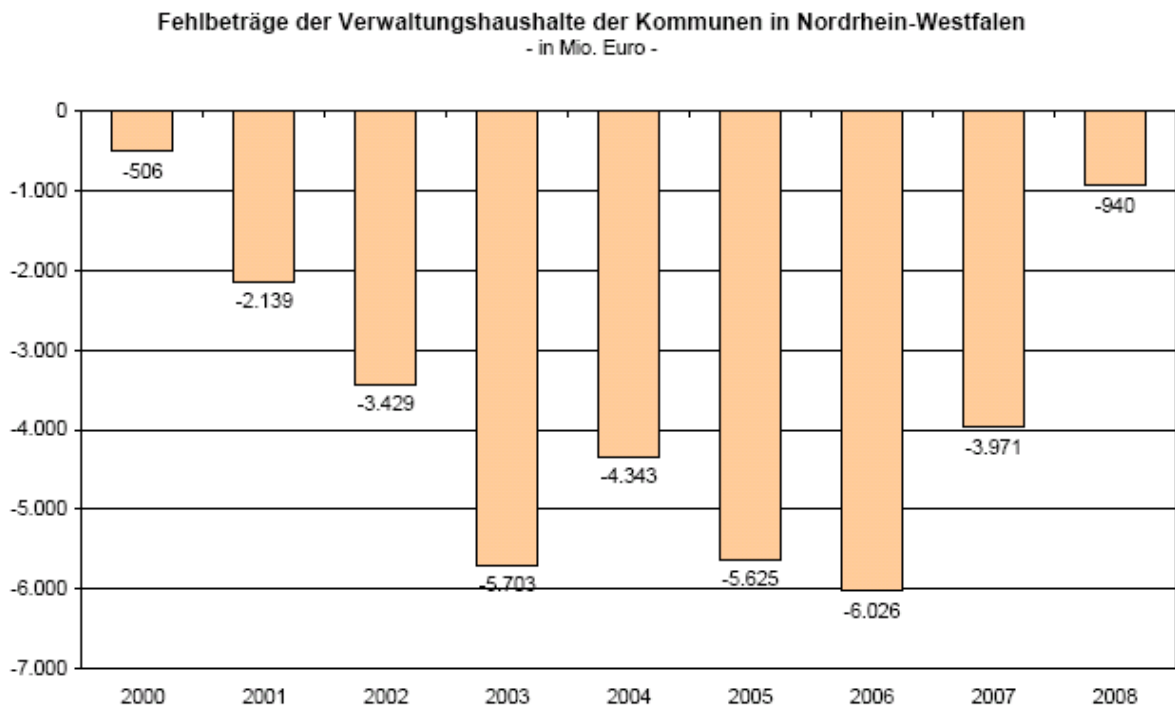


Abb. 17 Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen in den Haushaltsjahrsjahren 2000 bis 2008 nach dem Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik

Quelle: Innenminister NRW, Kommunalfinanzbericht September 2009, S. 46

Sofern man jedoch die drückende Last der Altfehlbeträge herausrechnet, ergibt sich ein positiveres Bild: (vgl. Abb. 24)

Abbildung 24: Jahresbezogene, periodengerechte Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte

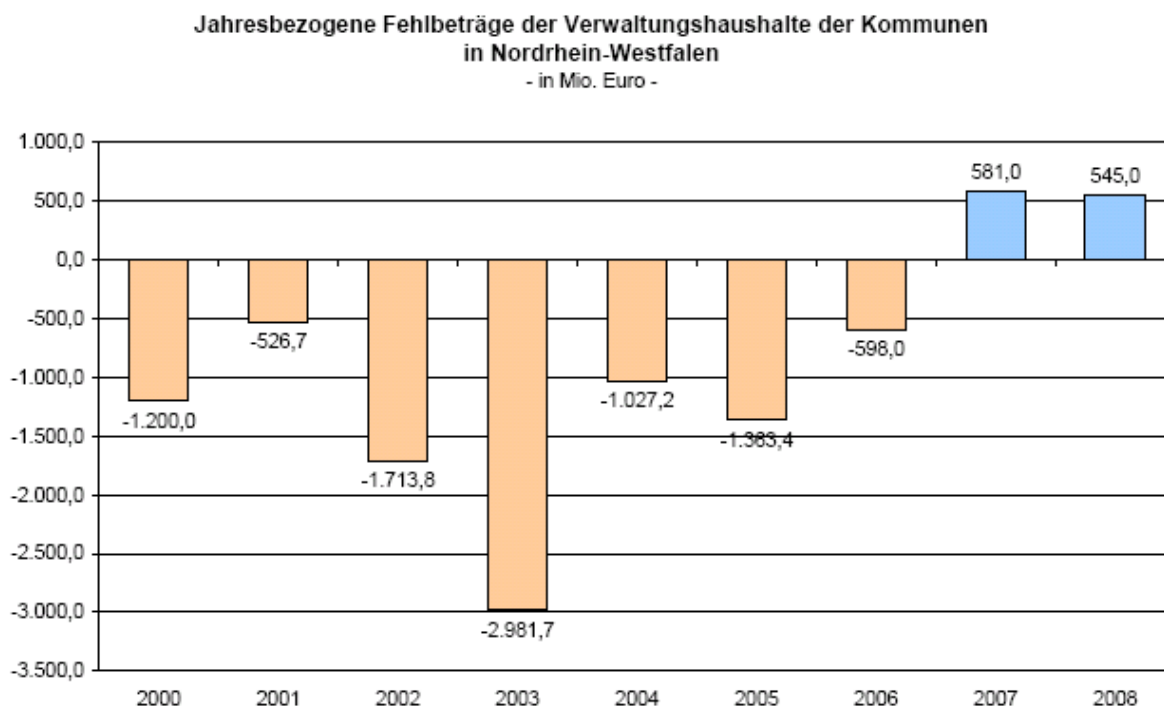


Abb. 18 Jahresbezogene Fehlbeträge (ohne Fehlbeträge aus Vorjahren) der Verwaltungshaushalte der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen in den Haushaltsjahrsjahren 2000 bis 2008 nach dem Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik

Quelle: Innenminister NRW, Kommunalfinanzbericht September 2009, S. 47

Nach den positiven Jahren 2007 und 2008 steht zu befürchten, dass in den Folgejahren das bislang schlechteste Jahr 2003 mit fast 3 Milliarden Euro Jahresfehlbetrag übertroffen wird.

Dem entsprechend wird die sogenannte Unterdeckungsquote, die im Jahr 2008 auf 1,8 % abgesunken ist – die Stadt Brühl hatte in diesem Jahr nicht nur keine Unterdeckung, sondern ein deutlich positives Ergebnis – wieder deutlich ansteigen. In Brühl wird sie im Jahr 2010 ca. 10 % betragen.

Abbildung 25: Unterdeckungsquoten der Kommunen in NRW

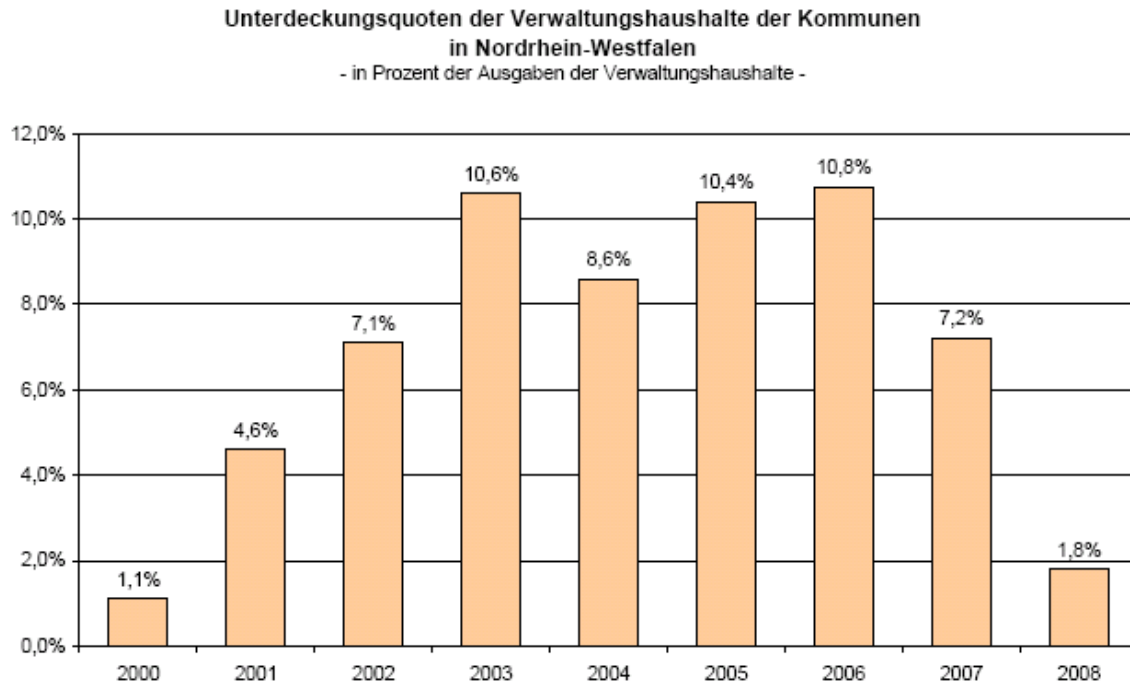


Abb. 19 *Unterdeckungsquoten (Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte im Verhältnis zu den Bruttoausgaben der Verwaltungshaushalte) der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen 2000 bis 2008. Berechnungen des Innenministeriums auf der Grundlage der Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik*

Quelle: Innenminister NRW, Kommunalfinanzbericht September 2009, S. 48

Die Unterdeckungsquote im Haushaltsplan 2009 beträgt in Brühl ca. 4 %. Aufgrund der ausgeglichenen Haushaltssituation in 2007 und 2008 in Brühl war in jenen Jahren keine Unterdeckungsquote zu vermelden.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass sich der Finanzierungssaldo der Kommunen in Nordrhein-Westfalen und bundesweit bis 2008 verbessert hat, allerdings mit unterschiedlich starker Ausprägung. Die nordrhein-westfälische Situation wird in Abb.26 verdeutlicht.

Abbildung 26: Finanzierungssaldo der NRW-Kommunen

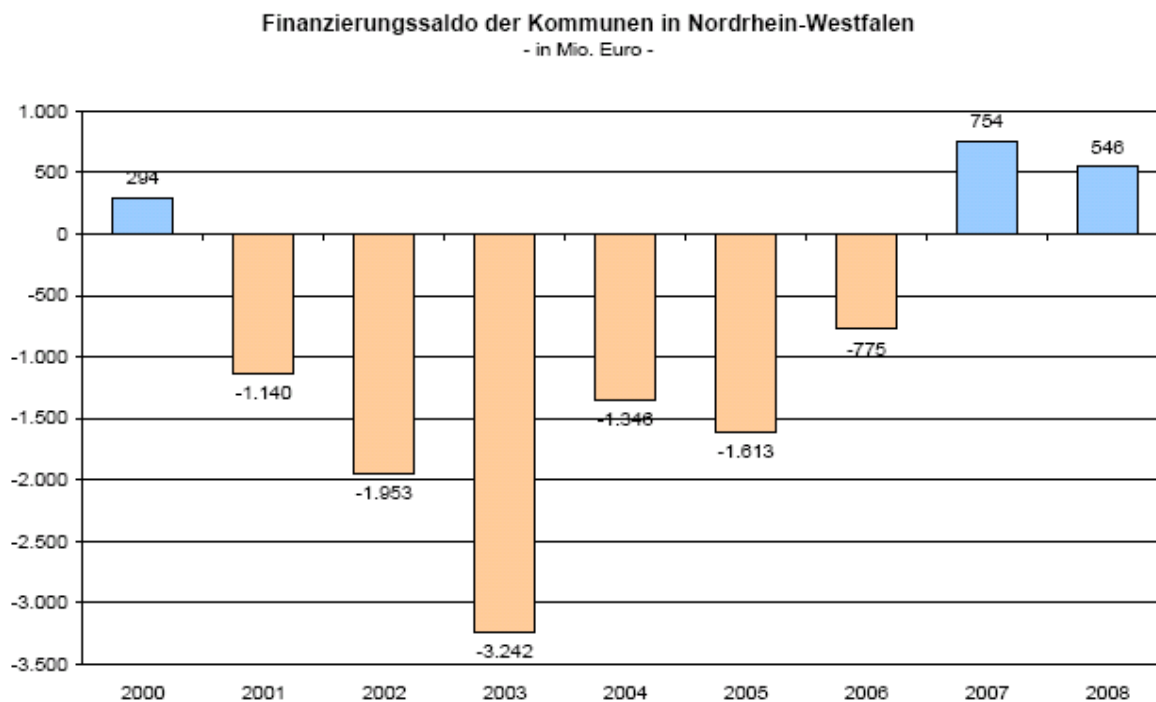


Abb.16 Finanzierungssaldo der Gemeinden (GV) des Landes Nordrhein-Westfalen in den Haushaltsjahren 2000 bis 2008 nach dem Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik

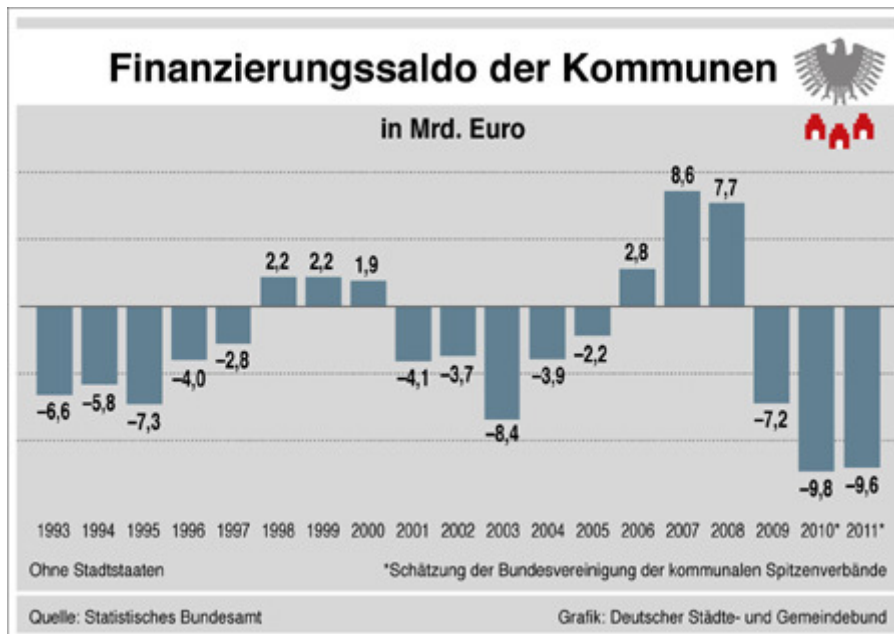
Quelle: Innenminister NRW, Kommunalfinanzbericht September 2009, S. 44

Erstmals seit dem Jahr 2000 konnte in 2007 mit gut 700 Mio. Euro wieder ein positiver Finanzierungssaldo erreicht werden, der im Folgejahr mit 550 Mio. Euro erneut positiv war.

In der Betrachtung der Kommunen bundesweit ergibt sich ein etwa ähnliches Bild, jedoch mit positivem Finanzierungssaldo schon für das Jahr 2006 (vgl. Abb. 27).

Die Finanzkrise hat ab dem Jahr 2009 für negative Finanzierungssalden in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß gesorgt.

Abbildung 27: Finanzierungssaldo der Gemeinden



Quelle: DStGB

Mit dem Jahr 2008 endet die kurze Zeit positiver Finanzierungssalden, für alle Kommunen in Deutschland wurde für das Jahr 2009 ein negativer Finanzierungssaldo in Höhe von 7,2 Milliarden Euro erreicht. Die Dramatik in der Entwicklung zeigte sich in dem Prognosewert für das Jahr 2010, der ein Defizit von Minus 12 Milliarden Euro vorher gesagt hatte; der tatsächliche Wert blieb mit knapp 10 Milliarden Euro nur geringfügig dahinter zurück. Für 2011 wird trotz der anziehenden Konjunktur mit einem ähnlichen Defizit in den kommunalen Haushalten gerechnet.

5 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aus der Schlussbilanz für das Jahr 2009 ergibt sich die Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Brühl. Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr insbesondere im Bereich des Anlagevermögens und der Verbindlichkeiten ergeben sich durch die Eingliederung des Bereichs Abwasserbeseitigung in den städtischen Haushalt.

Der wesentliche Teil des Vermögens ist für die kommunale Aufgabenerfüllung gebunden. Hierzu gehören insbesondere die bebauten Grundstücke mit einem Wert von 111,28 Mio. Euro (Vorjahr: 114,99 Mio. Euro). Die in Brühl unterhaltenen Straßen, Wege, Plätze, Brücken und Entwässerungsanlagen schlagen mit einem Wert von 210,44 Mio. Euro (Vorjahr: 132,85 Mio. Euro ohne Entwässerungsanlagen) zu buche. Im Verhältnis zur Gesamtbilanzsumme von 407,40 Mio. Euro (Vorjahr 339,18 Mio. Euro) sind dagegen die anderen Posten des Anlagevermögens von untergeordneter Bedeutung. Die Position Finanzanlagen setzt sich aus den Beteiligungen an den städtischen Betrieben und Stiftungen mit insgesamt 22 Mio. Euro (Vorjahr 31 Mio. Euro) zusammen. Das Umlaufvermögen hat mit 10 Mio. Euro eine im Verhältnis zur Bilanzsumme untergeordnete Bedeutung (Vorjahr 17 Mio. Euro).

Da für einen großen Teil der Positionen im Anlagevermögen Zuschüsse geflossen sind oder Beiträge erhoben wurden, sind entsprechende Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz berücksichtigt worden; der Betrag der Sonderposten summiert sich auf 114,88 Mio. Euro (Vorjahr 104,85 Mio. Euro). Die Bilanz weist ferner Rückstellungen aus, die für Pensionszusagen, unterlassene Instandhaltungen und Prozessrisiken gebildet wurden. Es handelt sich um einen Betrag von 60,50 Mio. Euro (Vorjahr 60,04 Mio. Euro).

Die Summe der Verbindlichkeiten beläuft sich auf 95,09 Mio. Euro (Vorjahr 40,52 Mio. Euro). Für bereits vereinnahmte Grabgebühren wurde ein sog. „passiver Rechnungsabgrenzungsposten“ in Höhe von gut 6 Mio. Euro gebildet (wie Vorjahr). Damit verbleibt der Stadt Brühl per 31.12.2009 ein Eigenkapital (Allgemeine Rücklage, Sonderrücklagen, Ausgleichsrücklage) in Höhe von 130,03 Mio. Euro (Vorjahr: 127,22 Mio. Euro).

Der Abschluss für das Jahr 2009 wies einem Fehlbetrag von -4,52 Mio. Euro aus. Der Fehlbetrag des Jahres 2009 wird durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Die aktuelle Steuerschätzung von Nov. 2010 zeichnete ein deutlich besseres Bild für das Jahr 2010, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Einkommensteuerbeteiligung.

Eine sehr positive Entwicklung zeigte sich bei den Gewerbesteuernachzahlungen, wodurch der Jahresabschluss 2010 erheblich besser als geplant ausfallen wird. Es zeichnet sich ab, dass das Jahr 2010 nicht wie geplant mit einem Defizit, sondern mit einem Überschuss abschließen wird. Dadurch kann das zu erwartende Defizit des Haushaltsjahres 2011 über die Ausgleichsrücklage gedeckt werden.

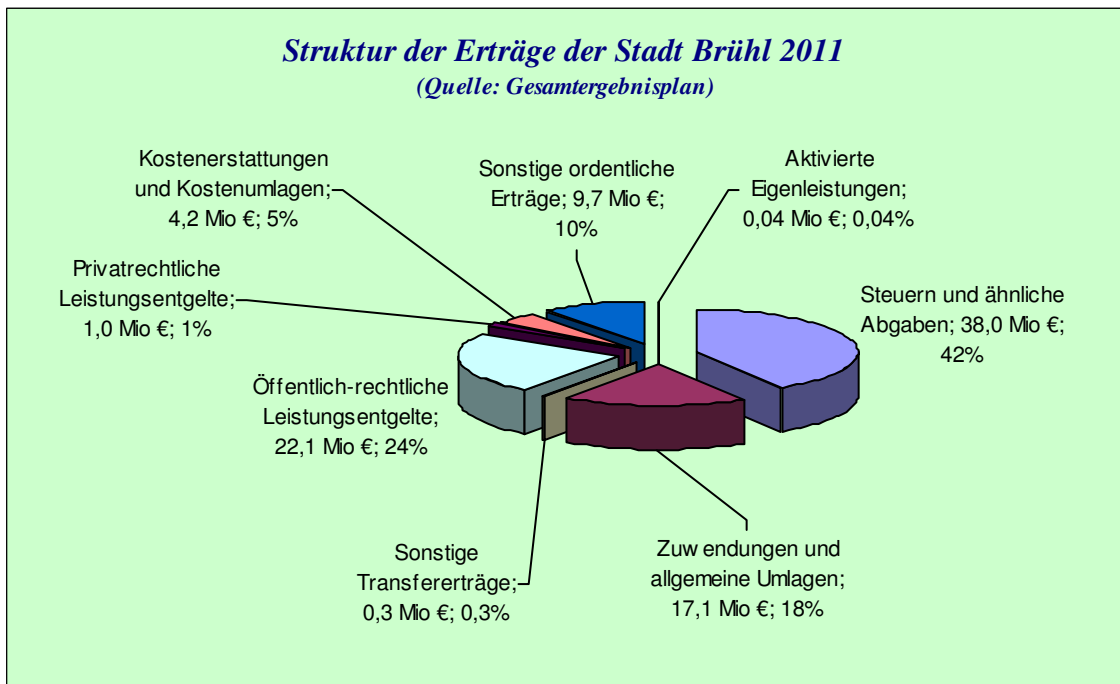
Daraus folgt für das Jahr 2012 dann ein sehr hohes Defizit, weil die hohen Gewerbesteuer-einnahmen im 2. Halbjahr 2010 den Finanzausgleich entsprechend negativ beeinflussen. Aber auch dieses Defizit kann teilweise noch durch die Verringerung der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Das nicht durch die Ausgleichsrücklage gedeckte Defizit des Jahres 2012 und die Defizite der Folgejahre können noch durch die Verringerung der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden, ohne das nach den derzeitigen haushaltsrechtlichen Regelungen ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich wird.

Die Anzahl der Beschäftigten der Stadt Brühl verringerte sich (insbesondere durch die Ausgliederung des Betriebshofes) im Laufe des Haushaltsjahres 2009 von 660 auf 591. Der Anteil von Personen in der Freistellungsphase eines Altersteilzeitmodells beläuft sich auf 25 (Vorjahr 15). Von den Beschäftigten sind 246 (Vorjahr 225) in Teilzeit tätig. Im Bereich der tariflich Beschäftigten werden 8 Personen (Vorjahr 10) bei der Stadt Brühl ausgebildet. Die Zahl der Beamtenanwärter/Beamtenanwärterinnen reduzierte sich von 12 auf 9 Personen.

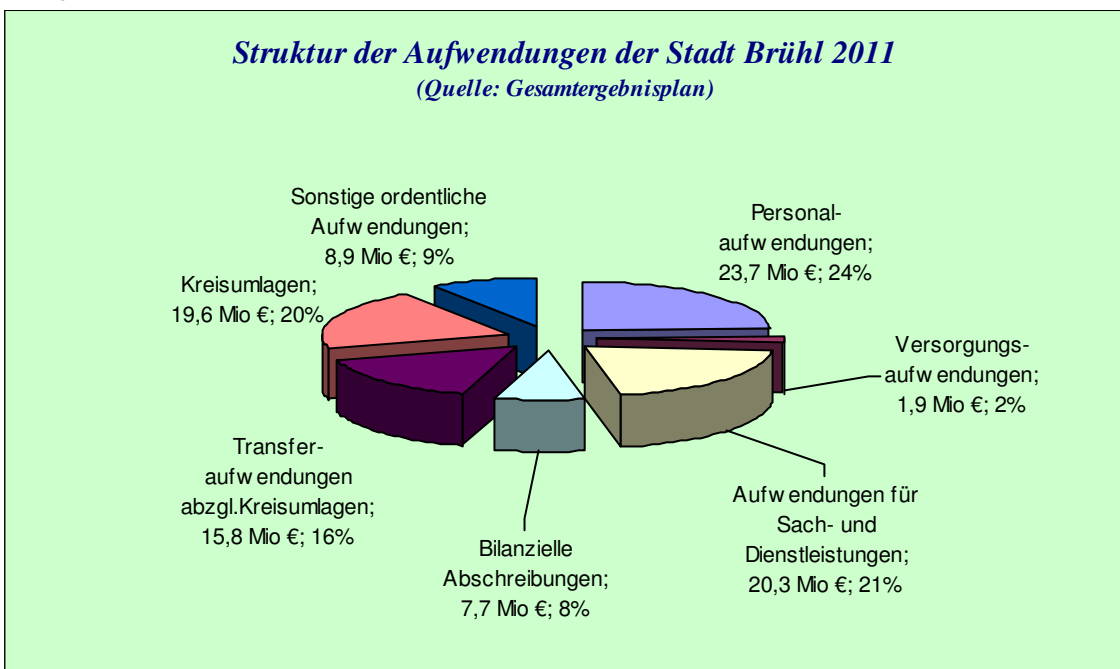
6 Haushaltsstruktur und Kennzahlen

Abbildung 28



Ein gutes Drittel der Erträge besteht aus Steuern und ähnlichen Abgaben, gefolgt von den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten mit einem knappen Viertel und an dritter Stelle mit einem knappen Fünftel die Zuwendungen und allgemeine Umlagen.

Abbildung 29



Den größten Ausgabenblock bei der Stadt Brühl bilden die Transferaufwendungen inklusive der Kreisumlage mit gut einem Drittel, gefolgt von den Personalaufwendungen und den Versorgungsaufwendungen mit zusammen 27 %. An dritter Stelle folgen dann die Aufwendungen

für Sach- und Dienstleistungen, die durch die Auslagerung des Betriebshofes auf 21 % gestiegen sind. Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit 9 % und die bilanziellen Abschreibungen mit 8 % runden das Bild.

Abbildung 30

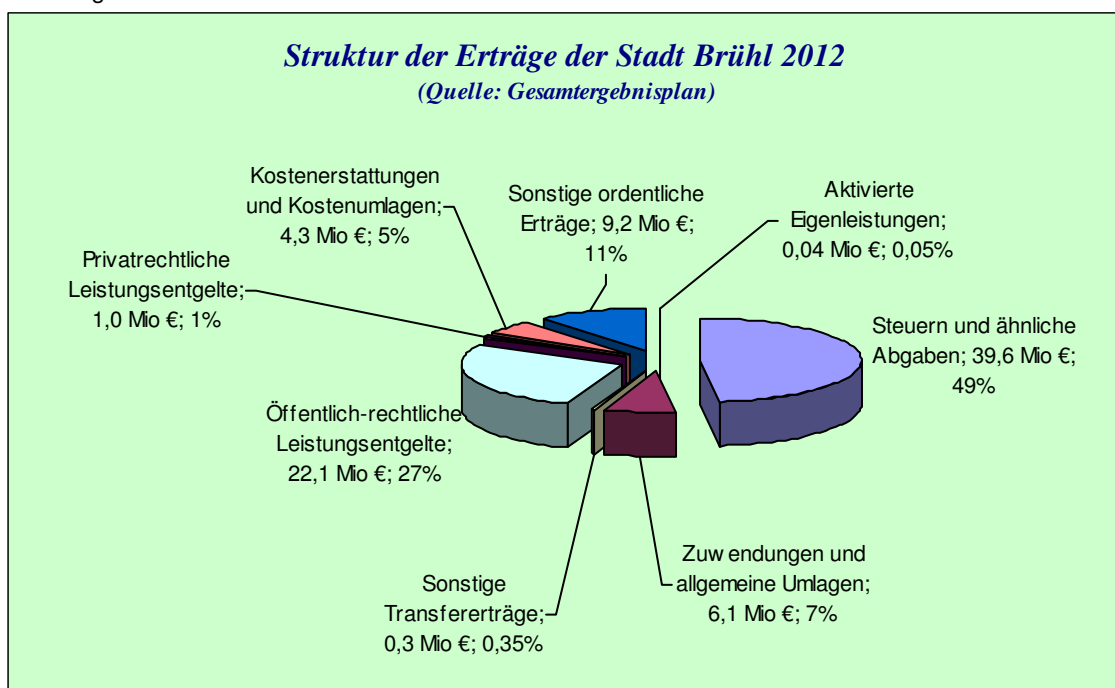
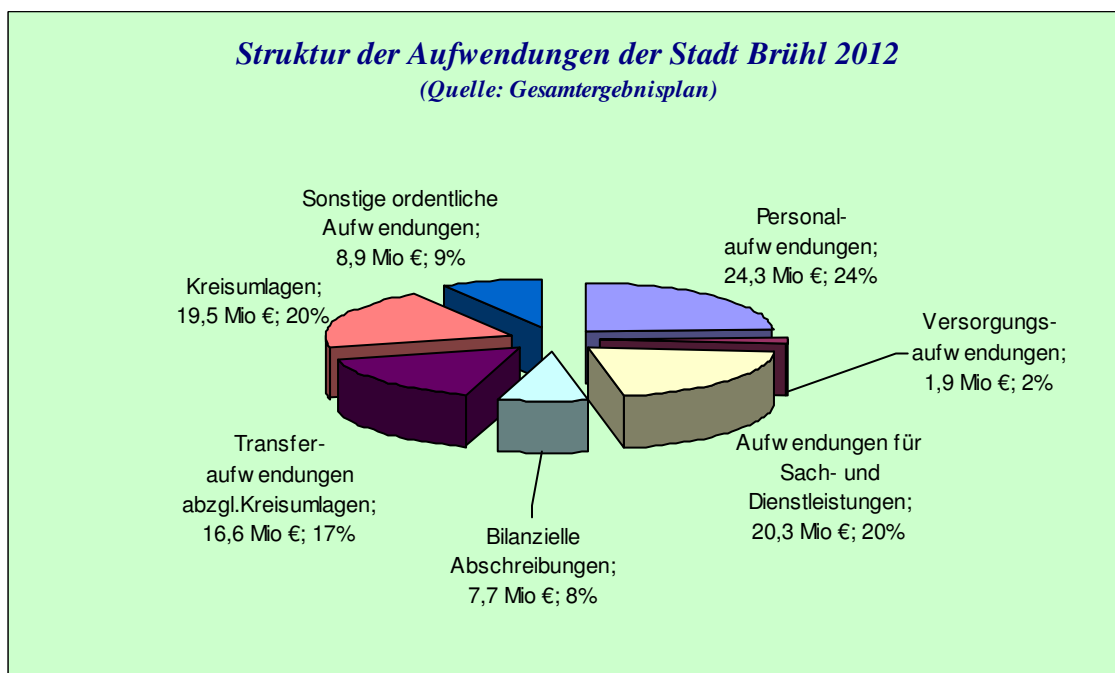


Abbildung 31



Beim Blick auf die Verteilung der Erträge auf Produktbereiche wundert es nicht, dass der Produktbereich 61, Allgemeine Finanzwirtschaft, 60 % der Erträge erzielt, da dort die Steuereinnahmen und Zuweisungen verbucht werden. An zweiter Stelle mit dann noch 16 % liegt der Produktbereich 53, die Ver- und Entsorgung. Hierbei handelt es sich um die Gebührenerträge bei Abfall und Abwasser. Mit 6 % der Erträge liegt der Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe an dritter Stelle, hier schlagen die Elternbeiträge und Kibiz-Erstattungen des Landes zu buche.

Abbildung 32

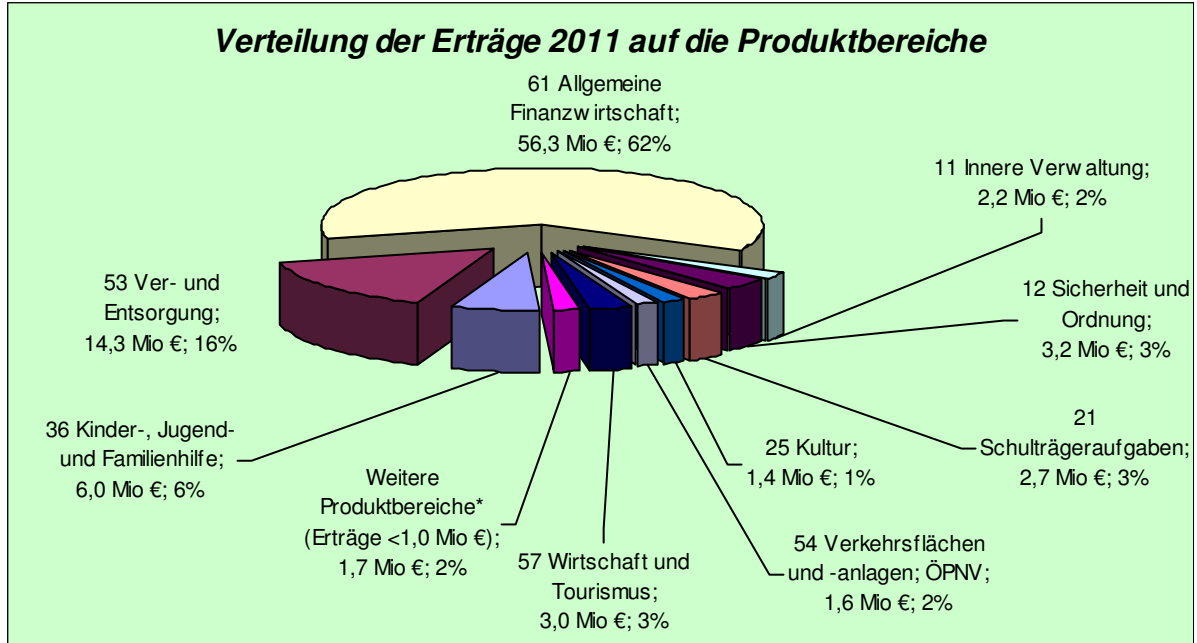


Abbildung 33

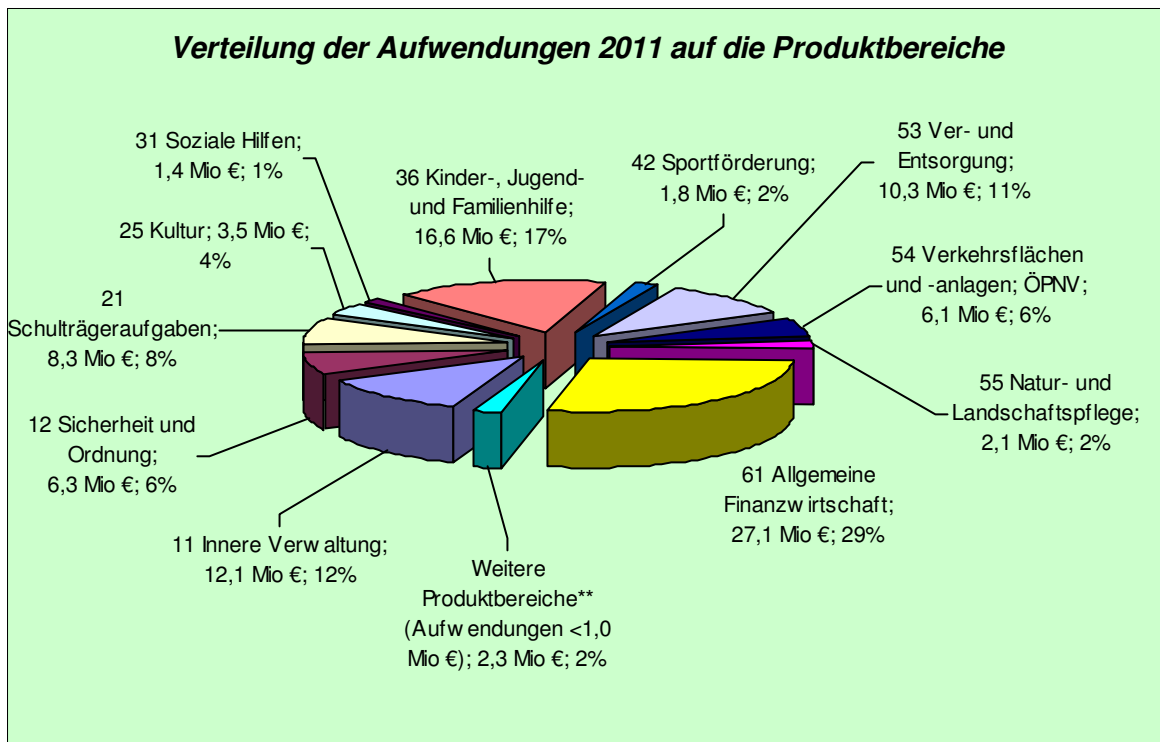


Abbildung 34

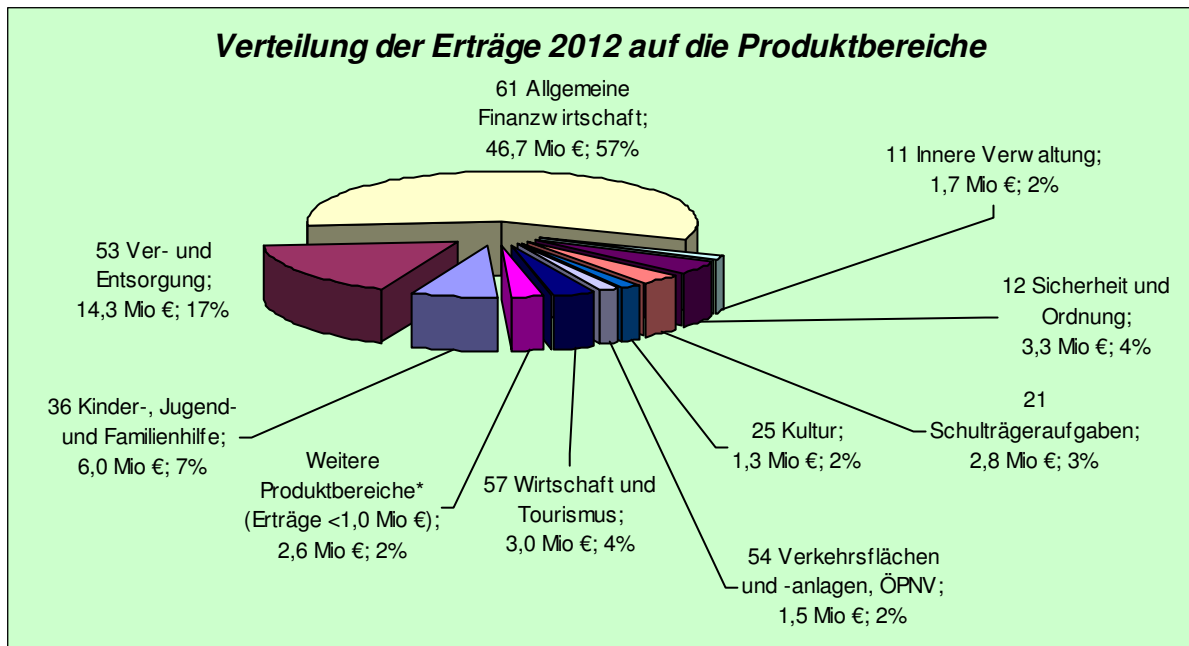
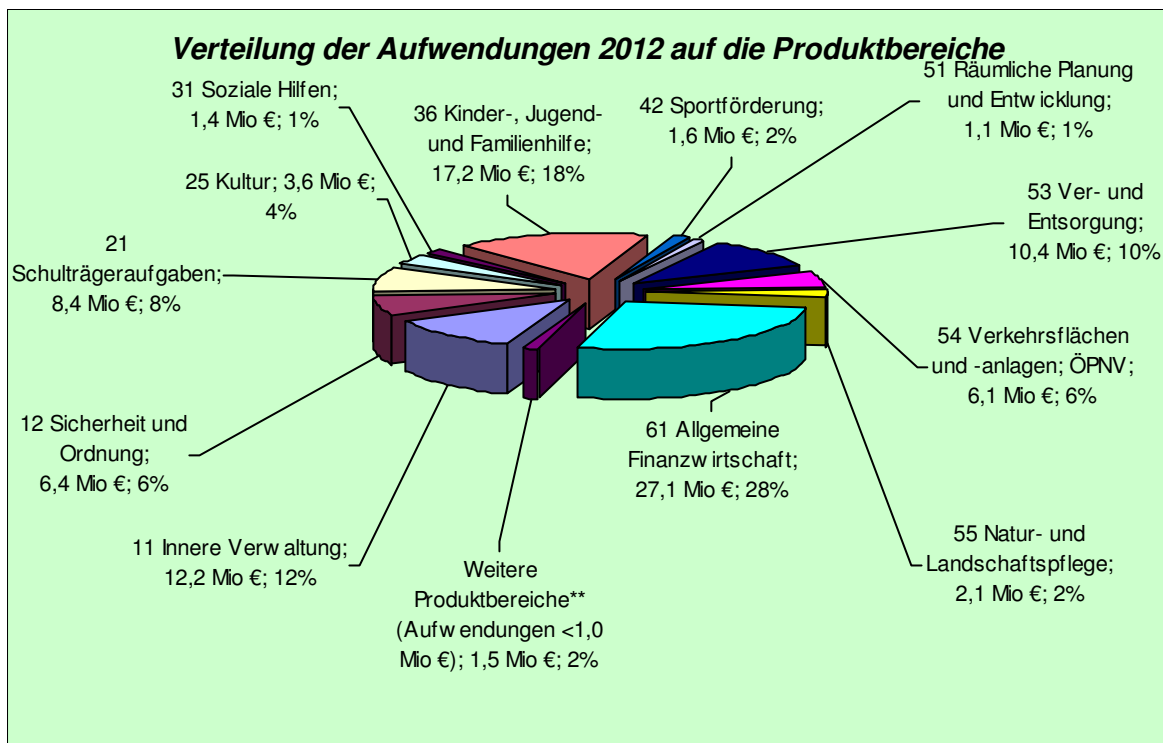


Abbildung 35



Die Aufwendungen verteilen sich gleichmäßig auf eine Vielzahl von Produktbereichen. Auch hier bildet die Allgemeine Finanzwirtschaft mit 29 % bzw. 28 % den größten Block, hier ist die Kreisumlage enthalten. Es folgen die Aufwendungen für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe mit 17 % bzw. 18 %, gefolgt von den Aufwendungen in der inneren Verwaltung mit 12 %. Nennenswerte Beträge sind noch im Produktbereich Ver- und Entsorgung mit 11 %, den Schulträgeraufgaben mit 6 %, der Verkehrsflächen und –anlagen mit 7 % und der Sicherheit und Ordnung einschließlich des Verkehrs mit 6%.

Kennzahlen Haushaltsplan 2011 - 2012 (Quelle Gesamtergebnisplan)
(s. Kennzahlenset lt. RdErl. d. IM v. 01.10.2008)

Haushaltskennzahlen		2009		2010 Ansatz	2011 Ansatz	2012 Ansatz
		Plan	Ergebnis			
Steuerquote	Steuererträge	38.984.525	38.472.521	35.078.877	38.013.670	39.637.925
	ordentliche Erträge	94.300.000	94.936.602	91.070.800	92.370.000	82.640.000
	Kennzahl	41,3%	40,5%	38,5%	41,2%	48,0%
Zuwendungsquote	Eträge aus Zuwendungen	17.647.813	17.765.566	18.912.863	17.110.574	6.083.791
	ordentliche Erträge	94.300.000	94.936.602	91.070.800	92.370.000	82.640.000
	Kennzahl	18,7%	18,7%	20,8%	18,5%	7,4%
Personalintensität	Personalaufwendungen	22.267.099	22.100.658	23.809.983	23.711.637	24.297.661
	ordentliche Aufwendungen	95.200.000	97.209.882	96.961.881	97.930.000	99.210.000
	Kennzahl	23,4%	22,7%	24,6%	24,2%	24,5%
Sach- und Dienstleistungsquote	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.291.735	20.479.828	21.102.831	20.287.645	20.332.581
	ordentliche Aufwendungen	95.200.000	97.209.882	96.961.881	97.930.000	99.210.000
	Kennzahl	22,4%	21,1%	21,8%	20,7%	20,5%
Transferaufwandsquote	Transferaufwendungen	33.019.999	34.687.309	33.432.563	35.351.047	36.021.682
	ordentliche Aufwendungen	95.200.000	97.209.882	96.961.881	97.930.000	99.210.000
	Kennzahl	34,7%	35,7%	34,5%	36,1%	36,3%
Zinslastquote	Finanzaufwendungen	4.300.000	3.480.800	4.098.119	4.190.000	4.390.000
	ordentliche Aufwendungen	95.200.000	97.209.882	96.961.881	97.930.000	99.210.000
	Kennzahl	4,5%	3,6%	4,2%	4,3%	4,4%
Aufwandsdeckungsgrad	ordentliche Erträge	94.300.000	94.936.602	91.070.800	92.370.000	82.640.000
	ordentliche Aufwendungen	95.200.000	97.209.882	96.961.881	97.930.000	99.210.000
	Kennzahl	99,1%	97,7%	93,9%	94,3%	83,3%
Drittfinanzierungsquote	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	2.463.243	2.483.887	2.390.788	2.453.354	2.448.256
	Bilanzielle Abschreibungen	7.370.676	7.642.192	7.708.457	7.754.525	7.727.300
	Kennzahl	33,4%	32,5%	31,0%	31,6%	31,7%
Abschreibungsintensität	Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen	7.370.676	7.642.192	7.708.457	7.754.525	7.727.300
	ordentliche Aufwendungen	95.200.000	97.209.882	96.961.881	97.930.000	99.210.000
	Kennzahl	7,7%	7,9%	7,9%	7,9%	7,8%

Steuerquote

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Personalintensität

Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Im Hinblick auf den interkommunalen Vergleich dient diese Kennzahl dazu, die Frage zu beantworten, welcher Teil der Aufwendungen üblicherweise für Personal aufgewendet wird.

$$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Transferaufwandsquote

Die Kennzahl „Transferaufwandsquote“ stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

Zinslastquote

Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Aufwandsdeckungsgrad

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

$$\text{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Drittfinanzierungsquote

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

Abschreibungsintensität

Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

$$\text{Abschreibungsintensität} = \frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

Die Kennzahlen „Personalintensität“ und „Aufwandsdeckungsgrad“ wurden sowohl dem Produktbereich als auch allen Teilergebnisplänen (TEP) beigefügt.

Ergänzend wurde eine Kennzahl „Zuschussbedarf je Einwohner“ ausgewiesen. Diese Kennzahl gibt an, wie hoch der Zuschussbedarf (Erträge abzgl. Aufwendungen) des jeweiligen Bereichs pro Einwohner ist.

$$\text{Zuschussbedarf je Einwohner} = \frac{\text{Jahresergebnis (Zeile 18 TEP)} \times 100}{\text{Anzahl der Einwohner}}$$

Maßgebliche Einwohnerzahl für alle ausgewiesenen Jahre ist die Einwohnerzahl der „Information und Technik NRW“ (IT NRW) zum 30.06.2010 = 44.179.